

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Executive Summary	7
Einleitende Bemerkungen	11
1. Der Nahe Osten als neuer außenpolitischer Schwerpunkt	13
2. Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen anhand von Fallbeispielen	31
Syrien – Partnerschaft statt Gegnerschaft	31
Irak – ein politisch und wirtschaftlich wichtiger Nachbar	37
Iran – zwischen guter Nachbarschaft und der Bündnistreue zum Westen.....	46
Libanon – Beiträge zu Stabilität.....	57
Israel – das Ende einer Allianz	65
3. Wertung und künftige Perspektiven	79
Quellennachweis	87

Vorwort

Ein Blick in den Tagespressespiegel reicht um zu erkennen, dass die Türkei von einer Peripherielage in eine zentrale Position gewechselt hat. Das hat mehrere Gründe – so bedeutete etwa das Ende des Kalten Krieges auch das Ende der besonderen strategischen Flankenstellung Ankaras innerhalb der NATO. Der Umstand, dass die Türkei 2003 den USA die Invasion des Irak von ihrem Staatsgebiet aus verweigerte, sorgte nicht nur in Washington, sondern auch weltweit für Erstaunen. Rückblickend betrachtet ist diese Entscheidung wohl als Zäsur im Ringen um eine geopolitische Neupositionierung und ein neues Selbstverständnis wie auch Selbstbewusstsein zu sehn.

Die beiden Konstanten der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik – Anbindung an den Westen unter Abgrenzung gegen die östlichen Nachbarn sowie eine sicherheitsdominierte Programmatik – traten insbesondere nach der Machtübernahme durch die AKP 2002 und der Umsetzung des neuen außenpolitischen Konzepts in den Hintergrund. Entspannung und gute Beziehungen mit allen Nachbarstaaten, die angestrebte Rolle als Vermittler in der Region und eine gewisse Distanzierung vom Westen sind die aktuell dominierenden Parameter türkischer Außenpolitik. Angesichts der Umbrüche im arabischen Raum sehen manche Beobachter die Türkei mit ihrem laizistischen System sogar als mögliche „Vorlage“ für die Transformation dieser Staaten. Das sei nicht weiter kommentiert – aber dass die Türkei durch ihr Engagement in der Region viele Sympathien in der arabischen Welt gesammelt hat ist unbestritten. Dass dabei der Islam als gemeinsame religiöse Basis eine große Rolle spielt ist offenkundig, dieses Faktum wird von der türkischen Regierung auch bewusst genutzt.

Die Entwicklung im weiteren Nahen Osten kann aller Voraussicht nach in einem erheblichen Ausmaß von Ankara mitbestimmt werden. Die tatsächliche Dimension hängt aber einerseits von den innenpolitischen Ereignissen in der Türkei und andererseits von der Qualität der Beziehungen mit den Staaten der Region ab. Dabei sind neben tagespolitischen Geschehnissen und persönlichen Beziehungen der amtierenden Politiker auch mittel- und langfristige bilaterale Erfahrungen ausschlaggebend.

Marius Calligaris greift diesen Gedanken im vorliegenden Band auf und untersucht anhand ausgewählter Staaten die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Er holt dabei zeitlich ein wenig aus, um so die Konsistenz, Konstanz oder Neuorientierung einer umfassenden Außenpolitik mit den einzelnen Ländern darzulegen. Dies ermöglicht den Leserinnen und Lesern, eigene Gedanken zur Qualität und Nachhaltigkeit türkischer Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik anzustellen. In und zwischen den Zeilen kommt dabei das gesteigerte Selbstbewusstsein Ankaras zum Ausdruck, das sich in außenpolitischer Eigenständigkeit und pro-aktiver Vermittlerrolle manifestiert.

Der Autor zieht letztlich den Schluss, dass auch die EU und Österreich versuchen sollten, die gestärkte Rolle der Türkei im Nahen Osten für eigene Zwecke zu nutzen. Er weist aber ebenso darauf hin, dass die stärkere Betonung der islamischen Identität es für die Türkei eventuell schwierig machen könnte, gewisse EU- bzw. westliche Positionsbezüge zu unterstützen.

Mit diesem kleinen Band existiert nunmehr eine Trilogie zur Türkei, bestehend aus dem aktuellen Werk „Das türkische Engagement im Nahen Osten“ (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 5/2011), dem Auftakt „Wandel in der türkischen Außenpolitik“ (Schriftenreihe 7/2010) sowie dem Band „Die Rolle der Türkei in internationalen Friedensoperationen“ (Schriftenreihe 2/2011). Sie soll den Bedarfsträgern im BMLVS, aber auch anderen interessierten Akteuren und Beobachtern die Möglichkeit geben, rasch auf systematisch geordnete Informationen zugreifen zu können.

Der Leiter IFK

Walter Feichtinger

Executive Summary

- Nach einer Phase der bewussten Distanzierung von der Region zwecks Betonung der westlichen Identität und Vermeidung der Involvierung in den Nahost-Konflikt trat ab den 90er-Jahren eine Intensivierung des Engagements ein.
- Nach Regierungsantritt der AKP 2002 wurde der Nahe Osten in den Augen Ankaras wieder zu einer geopolitischen Realität. Die muslimische Identität wurde Angelpunkt des Ausbaus der Beziehungen mit den islamischen Nachbarn. Die pro-aktive Außenpolitik war auch Resultat der geänderten innenpolitischen Verhältnisse.
- Probleme in der Region wurden als Sicherheitsrisiken für die Türkei selbst erkannt. Das Engagement entspricht dem Interesse, Ereignisse und Entwicklungen zu beeinflussen und nicht nur passiv von ihnen betroffen zu sein.
- Dies ist Ausdruck des Wunsches, ein wichtiger Faktor in der Region zu werden und eine Brückenstellung zwischen dieser und dem Westen zu erlangen.
- Durch Belebung der schwach entwickelten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Nahost-Staaten soll eine auch politische regionale Interdependenz geschaffen werden.
- Der Irak-Krieg 2003 stellte eine Wende in Ankaras Nahost-Politik dar. Die Nicht-Beteiligung der Türkei brachte eine starke Erhöhung ihres Prestiges in der arabischen Welt. Die USA werden seitens Ankaras nicht mehr als Stabilisierungsfaktor in der Region angesehen.
- Die Türkei stößt in ein Vakuum, geschaffen durch das schlechte Image der USA im Nahen Osten und deren Rückzug aus dem Irak sowie die Unfähigkeit der EU zu einer einheitlichen Nahost-Politik. Ankara sieht die Möglichkeit, die eigene Rolle zu stärken.

- Ein Schwerpunkt des Engagements ist der Versuch, zwischen verschiedenen Parteien vermittelnd tätig zu sein. Einseitige Positionsbezüge gegen Israel beeinträchtigen allerdings die Glaubwürdigkeit als äquidistanter Makler.
- Die Palästinenser-Frage nimmt in der türkischen Nahost-Politik einen zentralen Platz ein und ist auch für die öffentliche Meinung von hoher emotionaler Bedeutung.
- Das verstärkte Engagement hat auch zu einer deutlichen Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und zu einer Steigerung der türkischen Exporte in die Region, aber auch der arabischen Investitionen im Land geführt. Mit Syrien, Jordanien, dem Irak, dem Iran und dem Libanon sind Kooperationsräte zwecks Ausbaus der Kontakte eingerichtet.
- Die Unwälzungen in der arabischen Welt betreffen auch das Verhältnis Ankaras zu den jeweiligen Staaten. Die Änderungen in Tunesien und Ägypten wurden in einem frühen Stadium begrüßt. Betreffend Libyen beteiligte sich die Türkei nach anfänglichem Zögern an der NATO-Aktion (nicht an Bombardements) und forderte letztlich Gaddafi zum Rücktritt auf. Syrien stellt für Ankara ein Dilemma dar, da man einerseits den Sturz Assads verhindern will, andererseits aber die Aufforderung zu Reformen bisher kaum Erfolg zeigen.
- Der einstige Gegner Syrien ist zu einem engen Partner geworden, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, aber auch in anderen Sektoren. Das von Vertrauen getragene Verhältnis wird allerdings durch die regimekritischen Unruhen in Syrien auf eine harte Probe gestellt (siehe obstehend).
- Nach dem Krieg 2003 war die Türkei an der Stabilisierung des Irak und der Mitgestaltung der inneren Ordnung interessiert. Prioritäten Ankaras sind die territoriale Integrität, die Verhinderung eines Kurdenstaates und die Ausschaltung der PKK. Die Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung im Norden haben sich nach großer anfänglicher Skepsis gut entwickelt.

- Im Verhältnis zum früheren regionalen Rivalen Iran ist eine deutliche Verbesserung feststellbar. Teheran ist für Ankara ein wichtiger Partner auf dem Wirtschafts- und Energiesektor. In der Frage des iranischen Nuklearprogramms bemüht sich die Türkei um Vermittlung, allerdings bisher ohne konkrete Ergebnisse. Sanktionen gegen den Iran werden abgelehnt.
- Mit Regierungsantritt der AKP kam ein gewisses Momentum in das früher kaum entwickelte Verhältnis zum Libanon. Den entscheidenden Durchbruch brachte 2006 die türkische Beteiligung an UNIFIL II. Ankara ist in verschiedenen innerpolitischen Krisen im Libanon vermittelnd tätig geworden. Zugewonnen hat auch der gegenseitige Handelsverkehr.
- Die strategische Partnerschaft mit Israel ist angesichts nun guter Beziehungen zu den Nachbarn von verringerter Bedeutung. Hierzu kommt die harte Kritik an der Politik Israels gegenüber den Palästinensern. Nach dem Gaza-Krieg 2008/2009 und der israelischen Militäraktion gegen eine Hilfsflotte für Gaza 2010 mit türkischen Todesopfern befindet sich das Verhältnis auf einem Tiefpunkt. Eine Reparatur ist nicht in Sicht.
- Das verstärkte Engagement der Türkei hat zu einer Zunahme ihres Gewichtes im Nahen Osten geführt und wird von der Bevölkerung der arabisch/muslimischen Staaten positiv aufgenommen. Mangels einer einheitlichen und effizienten EU-Nahost-Politik und dem Prestigeverlust der USA in der Region kann Ankara relativ unabhängig agieren.
- Ein potentieller Schwachpunkt der türkischen Nahost-Politik ist die Tatsache, dass diese teilweise auf persönliche Beziehungen zu den Führern der Nachbarstaaten aufgebaut ist. Politische Umwälzungen oder personelle Änderungen können diesen Kontakten die Basis entziehen. Ebenso könnte eine künftige wieder stärkere Rolle Ägyptens in der Region den Einfluss Ankaras schwächen.

- Für die Nachhaltigkeit des Erfolges wird auch von Bedeutung sein, ob die Türkei gemeinsame Interessen mit den Staaten der Region und ihre Mitarbeit an Konfliktlösungen in den Vordergrund stellt oder Kontrolle und Hegemonie anstrebt. Die künftige Rolle wird auch davon abhängen, wie Ankara auf die politischen Veränderungen im arabischen Raum reagiert.
- Die türkischen Bestrebungen, als Vermittler im Nahen Osten zu agieren, sind etwas überambitioniert und von einer gewissen Selbstüberschätzung getragen.
- Trotz verschiedener in Washington und seitens der EU negativ beurteilter Positionsbezüge ist das türkische Engagement im Nahen Osten bisher nicht zu Lasten des Westens gegangen. Die Hinwendung zu der Region entspricht den geopolitischen Realitäten.
- Die EU und Österreich sollten versuchen, die gestärkte Stellung Ankaras im Nahen Osten zu nützen und dieses an eigenen Initiativen zu beteiligen. Auf sicherheitspolitischem Gebiet könnte sich die gezielte Einbeziehung der Türkei in Krisen- und Konfliktmanagement sowie internationale Friedensoperationen als zweckmäßig erweisen und Synergieeffekte bringen.

Einleitende Bemerkungen

Die in den letzten Jahren deutlich sichtbare Hinwendung der Türkei zum Nahen Osten ist Ausdruck und eindrucklichstes Beispiel des Wandels in der türkischen Außenpolitik. Neben die traditionelle Orientierung an den USA und der EU sind als neue Hauptkomponenten ein größeres regionales Engagement und eine stärkere Beachtung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten getreten.

Die Grundsätze dieser größtenteils durch den Politologen, früheren außenpolitischen Berater von Ministerpräsident Erdogan und jetzigen Außenminister Ahmed Davutoglu geprägten Politik, die Motivation hierfür, die innenpolitischen Grundlagen, die modifizierte Problemsicht, die Umsetzung der neuen außenpolitischen Linie sowie deren Auswirkungen bildeten Gegenstand einer eigenen Publikation im Rahmen der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie („Wandel in der türkischen Außenpolitik“, 7/2010) und sollen hier nicht nochmals dargelegt werden. Ziel der vorliegenden Arbeit ist eine nähere Beleuchtung des türkischen Engagements im Nahen Osten. Hierbei werden in Abschnitt 1 die Hintergründe, Prioritäten, Zielsetzungen und Auswirkungen zusammengefasst. In Abschnitt 2 wird die Entwicklung der bilateralen Beziehungen anhand der Fallbeispiele der drei muslimischen Nachbarn der Türkei, Syrien, Irak und Iran, sowie Libanon und Israel dargestellt. In Abschnitt 3 werden eine Wertung vorgenommen und künftige Perspektiven aufgezeigt.

1. Der Nahe Osten als neuer außenpolitischer Schwerpunkt

Nach der Gründung der türkischen Republik 1923 war der Nahe Osten lange Zeit von den kemalistischen Regierungen als außerhalb des strategischen Interessenraumes erachtet worden. Basis für diese Haltung war jedoch auch die Überzeugung, dass der Weg der Türkei nach Westen, verbunden mit der angestrebten Modernisierung, nur durch eine Abgrenzung vom Nahen Osten beschritten werden könne. Durch die Distanzierung von der ottomanischen Vergangenheit und der arabisch-islamischen Welt sollte die westliche Identität unter Beweis gestellt und gestärkt werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtete man nach Beginn des arabisch-israelischen Konfliktes die Region als instabil und wollte quasi nicht in den „nahöstlichen Morast“ hineingeraten. Diese Politik führte zu einem negativen Image der Türkei in den Staaten der Region (Ausnahme Israel). Ankara spielte im Nahen Osten insgesamt kaum eine Rolle und verfügte dort über wenig Einfluss.

Die Anerkennung Israels 1949 durch die Türkei wurde in der arabischen Welt naturgemäß sehr negativ bewertet. Betreffend in den UN eingebrachte Resolutionsentwürfe zugunsten der Anerkennung der Unabhängigkeit Algeriens 1957 und 1958 übte die Türkei Stimmenthaltung (wobei sie sich sogar seit 1954 gegen die Aufnahme dieses Themas in die UN-Agenda ausgesprochen hatte). Eine gewisse Besserung des Verhältnisses zur arabischen Welt brachte die Tatsache, dass sich Ankara 1967 auf die Seite Ägyptens gegen die westliche Forderung nach Wiedereröffnung des Golfes von Aqaba für israelische Schiffe stellte und nach dem Sechs-Tage-Krieg gegen die Besetzung der arabischen Gebiete durch Israel Protest einlegte. Die Ölkrise zu Beginn der 70er-Jahre machte die Nützlichkeit eines guten Verhältnisses zu den arabischen Staaten deutlich. Die wirtschaftlichen Beziehungen nahmen einen gewissen Aufschwung, auf politischer Ebene blieben sie aber weiterhin beschränkt. Nach 1974 war die Türkei verstärkt um Kontakte zu den Nahost-Staaten bemüht, da Ankara Verbündete für seine Zypern-Politik

suchte. Die diesbezüglichen Hoffnungen wurden jedoch weitgehend enttäuscht. Einen gewissen Fortschritt brachte 1976 die Aufnahme der Türkei in die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), an deren Gipfel in Rabat sie 1969 erstmals als Beobachter teilgenommen hatte. Auch hier fand sie bei einem Resolutionsentwurf 1986/1987 betreffend eine Verurteilung des Vorgehens der Regierung in Sofia gegen die in Bulgarien lebende türkische Minderheit nur teilweise Unterstützung. Syrien, Algerien und die PLO verweigerten eine solche mit Rücksicht auf ihre engen Kontakte mit der Sowjetunion.

Der Krieg Iran-Irak 1980-1988 führte Ankara deutlich die Bedeutung der Nahostregion für die eigene Sicherheit vor Augen. Das endgültige Umdenken setzte nach der Invasion Kuwaits durch den Irak 1990 und dem Golfkrieg 1991 ein, als eine gewaltige Flüchtlingswelle aus dem Irak in der Türkei Zuflucht suchte.

Beginn des Engagements in der Region

Eine Hinwendung zum Nahen Osten, ein größeres regionales Engagement und ein systematischer Ausbau der Kontakte zu den arabischen Staaten begann unter Ministerpräsident Turgut Özal (der später auch als Präsident das erste türkische Staatsoberhaupt war, das am Haj teilgenommen hatte). Özals Ziel war es, eine bedeutende Position für die Türkei in der Region zu erreichen, gleichsam um den Verlust zu kompensieren, welchen die strategische Wichtigkeit des Landes als Bollwerk gegen die Sowjetunion nach Ende des Kalten Krieges erlitten hatte. Gleichzeitig brachte der Wegfall der einseitigen Westorientierung nach Auflösung des russischen Imperiums auch ein Ende des negativen Images der Türkei in den arabischen Augen. Die Intensivierung der Beziehungen Ankaras zu den Staaten der Region führte auch zu einem Steigen der Bedeutung der Türkei aus der Sicht Washingtons.

Der nach Ansicht vieler Beobachter zu frühe Tod Özals 1993 verhinderte eine Weiterentwicklung dieses Rapprochements. Nach 1995 versuchte der islamistisch ausgerichtete Ministerpräsident Erbakan eine Annäherung an die arabisch-muslimische Welt, wurde jedoch wegen Gefähr-

dung des Säkularismus 1997 durch das Militär zum Rücktritt gezwungen. Ein beträchtlicher Rückschlag für die Beziehungen Ankaras mit den muslimischen Nahost-Staaten trat 1996 durch das Abkommen über enge militärische Kooperation mit Israel ein (siehe hierzu im Abschnitt 2, Kapitel Israel). 1997 wurde die Türkei beim OIC-Gipfel in Teheran harter Kritik unterzogen, was Präsident Demirel veranlasste, das Treffen vorzeitig zu verlassen. Während der Koalitionsregierung von Ministerpräsident Ecevit 1999-2002 wies der damalige Außenminister Cem darauf hin, dass dem Nahen Osten angesichts der direkten Nachbarschaft für die Sicherheit der Türkei entscheidende Bedeutung beikomme. Er befürwortete in diesem Zusammenhang zur Intensivierung der Beziehungen den Einsatz auch des kulturellen Naheverhältnisses. Seine Initiativen um eine Verbesserung der Kontakte schlugen sich – mit Ausnahme im Falle Syrien (siehe hierzu in Abschnitt 2, Kapitel Syrien) – wenig in praktischen Konsequenzen nieder.

Machtübernahme der AKP bringt Rückbesinnung

Die endgültige „Rückkehr“ der Türkei in den Nahen Osten brachte der Regierungsantritt der Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) 2002. Es fand eine Rückbesinnung auf die ottomanische Vergangenheit und die gemeinsamen Werte beider Seiten statt. Der Doktrin des früheren außenpolitischen Beraters von Ministerpräsident Erdogan und jetzigen Außenministers Davutoğlu zufolge hat die Türkei durch Religion, Kultur, Traditionen und Geschichte eine gewisse Verantwortung für die Region. Die Tatsache, dass der Nahe Osten in den Augen Ankaras wieder zu einer geopolitischen Priorität wurde, war auch Resultat der seit der Machtübernahme durch die AKP deutlich gestiegenen Rolle des Islam in der türkischen Politik. Die muslimische Identität wurde gleichsam Angelpunkt für den Ausbau der Beziehungen zu den islamischen Nachbarn. Die Hinwendung zum Nahen Osten ging Hand in Hand mit dem veränderten innenpolitischen Kräfteverhältnis, d.h. der Ablösung der kemalistischen Position des Abseitsstehens von der Region durch eine pro-aktive Nahost-Politik. Schwindende Bedrohungsbilder aus dem Kalten Krieg öffneten Alternativen zur starken Westorientierung. Gleichzeitig wurden regionale Probleme, wie die In-

stabilität in der Region nach dem Irak-Krieg 2003, der de facto Zusammenbruch des Nahost-Friedensprozesses und der israelische Angriff auf den Libanon 2006 als Sicherheitsrisiken für die Türkei selbst erkannt – diese Ansicht wurde übrigens auch durch das Militär geteilt. Das stärkere Engagement im Nahen Osten war Ausdruck des Interesses, die Ereignisse und Entwicklungen (wie etwa im Irak und dem Libanon) zu beeinflussen und an der Lösung von Konflikten in der unmittelbaren Nachbarschaft mitwirken zu können und nicht nur passiv von ihnen betroffen zu sein.

Dies entsprach dem deutlichen Wunsch, ein wichtiger Faktor in der Region zu werden. Die AKP-Regierung suchte ferner durch gleichzeitige Annäherung an die EU und die arabische Welt eine Brückenstellung zwischen letzterer und dem Westen einzunehmen und das Verhältnis zu beiden Seiten komplementär und zum Vorteil aller Beteiligten zu gestalten. Einzelne Beobachter sehen allerdings in der seit 2005 besonders intensivierten Hinwendung zum Nahen Osten eine Reaktion auf die – bisher – enttäuschten EU-Ambitionen Ankaras bzw. die diesbezüglich prononcierte Haltung einzelner führender Politiker in den EU-Staaten. Insgesamt dürften aber doch – neben außenpolitischen Erwägungen (siehe oben) – innenpolitische Faktoren, wie die ideologische Ausrichtung der AKP und der wachsende Konservatismus der türkischen Bevölkerung, welcher die Regierung letztlich verantwortlich ist, für das verstärkte Nahost-Engagement ausschlaggebend sein.

Außerdem setzte sich die Überzeugung durch, dass nationale Interessen nicht nur durch das Prisma der Sicherheit zu sehen sind, sondern auch durch wirtschaftliche Faktoren wie verstärkte Handelsbeziehungen oder etwa mittels Steigerung der Attraktivität für ausländische Investitionen gefördert werden können. Die frühere militärisch ausgerichtete „Sicherheit zuerst“-Doktrin wurde um eine wirtschaftliche Dimension und den Einsatz von Soft Power ergänzt. Es handelte sich um die „Desecuritization“ der Außenpolitik.

Die Türkei sucht durch Belebung des teilweise schwach entwickelten Handels unter den Nahost-Staaten eine wirtschaftliche regionale Interdependenz zu schaffen, welche nach Ansicht Ankaras einen Beitrag zum

Frieden im Nahen Osten leisten kann. Manche AKP-Politiker vergleichen die türkischen Harmonisierungsbemühungen im Nahen Osten und den Versuch, im Wege wirtschaftlicher Verflechtung zu politischer Konvergenz zu kommen, mit den Anfängen der Integration in Europa.

Der Irak-Krieg 2003 als Wendepunkt

Einen Wendepunkt in der türkischen Nahost-Politik stellt der Irak-Krieg 2003 dar. Die Verweigerung der Eröffnung einer zweiten US-Front gegen Saddam Hussein von türkischem Territorium aus durch das Parlament am 1. März 2003 (siehe hierzu in Abschnitt 2, Kapitel Irak) brachte eine deutliche Trübung des Verhältnisses zwischen Ankara und Washington und gleichzeitig eine starke Erhöhung des Prestiges der Türkei in der arabischen Welt sowie das Ende des Rufes, quasi ein Lakai der USA zu sein. Der Irak-Krieg veränderte die strategische Balance und stellte für die Staaten der Region eine Herausforderung dar, sich neu zu positionieren. Dies begünstigte auch die begonnene Annäherung der Türkei an Syrien und den Iran (siehe hierzu in Abschnitt 2 in den entsprechenden Kapiteln). Gleichzeitig wurden die USA seitens Ankaras nicht mehr als Stabilisierungsfaktor im Nahen Osten betrachtet.

Für die Türkei stellt die Kurden-Frage ein wichtiges, aus der Region kommendes Bedrohungsbild dar. Die Verbesserung der Beziehungen zu Syrien, dem Iran und dem Irak waren für Ankara auch deshalb ratsam bzw. notwendig, weil in der Vergangenheit vom Territorium dieser Staaten PKK-Anschläge gegen die Türkei ausgingen. Begünstigt wurde dies zudem durch das gemeinsame Interesse in Ankara, Damaskus und Teheran an der Verhinderung eines Kurdenstaates bzw. der territorialen Integrität des Irak (siehe hierzu in Abschnitt 2). Die regionale Dimension dieses Problems war somit ein wesentlicher Faktor für diese positive Entwicklung.

Die Greater Middle East-Initiative von Präsident George W. Bush vom Februar 2004 mit ihren Zielen des Kampfes gegen wirtschaftliche Rückständigkeit und Korruption, gegen den Mangel an Demokratie sowie die Verletzung der Menschenrechte wurde von der Türkei zunächst begrüßt.

Sie entsprach über weite Strecken dem Aufruf von Außenminister Gül bei einer OIC-Konferenz 2003 in Teheran. Die damaligen Worte des türkischen Außenministers zeigten, dass die AKP-Regierung diese Ziele und ein funktionierendes sozio-ökonomisches System mit einer regionalen Stabilität in Verbindung sieht. Betreffend die Greater Middle East-Initiative vollzog die Türkei in der Folge allerdings eine gewisse Haltungsmodifikation und erklärte, dass Reformen in der Region aus dieser heraus kommen müssten und nicht durch Programme von außen.

Leitlinien der Nahost-Politik

Insgesamt ist die Nahost-Politik der AKP-Regierung von internationalen und internen Faktoren bestimmt. Neben dem Wunsch, Entwicklungen in der Region aktiv zu beeinflussen (siehe oben) ist das Engagement auch determiniert durch die nach der Invasion im Irak 2003 deutlich gestiegene Unpopularität der USA (sowie des Westens überhaupt). Hiezu kommen die Absicht Washingtons, sich aus dem Irak zurückzuziehen und die Unfähigkeit der EU, mangels einer einheitlichen Linie im Nahen Osten eine echte politische Rolle zu spielen. Die Türkei stößt in dieses Vakuum nach und sieht die Möglichkeit, in Zukunft noch stärker ein Bindeglied zwischen der Region und dem Westen zu sein. Was die innenpolitische Komponente der Nahost-Politik betrifft, so folgt die Regierung Erdogan ihrer gemäßigt-islamischen Grundlage und Ausrichtung, aber auch der Orientierung weiter Kreise der öffentlichen Meinung – und wird andererseits von dieser in ihrer Politik unterstützt. So ist die mehrheitlich konservativ-religiöse Wählerschaft beispielsweise sehr empfindlich hinsichtlich der Notlage der Palästinenser. Dies zeigte sich insbesondere im Falle des Krieges in Gaza Ende 2008/Beginn 2009 und der israelischen Kommandoaktion gegen eine Hilfsflotte im Mai 2010 (zu beiden Punkten siehe in Abschnitt 2, Kapitel Israel). Ministerpräsident Erdogan zog in seiner Reaktion mit hoher Wahrscheinlichkeit – zumindest teilweise – diese Stimmung ins Kalkül, um durch seine Nahost-Position seine Popularität zu steigern. Die AKP als Regierungspartei hat diesbezüglich einen Vorteil im Vergleich zu den politischen Konkurrenten, der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der Partei der nationalen Bewegung (MHP).

Ein deutscher Türkei-Experte meint, dass die Türkei durch ihr Engagement im Nahen Osten zu dessen „Verwestlichung“ beigetragen habe. Andererseits richtet sich das Betonen von Gemeinsamkeiten wie der Geschichte (Stichwort Kreuzfahrer!) unter Abgrenzung von westlichen Wertvorstellungen, insbesondere seitens Ministerpräsident Erdogan, zumindest indirekt gegen Europa und die USA.

Außenminister Davutoglu definierte bei einem Besuch im Libanon im Juli 2009 die türkische Nahost-Politik wie folgt: Die Türkei sei in den Konflikten in der Region nicht Partei, ihre Priorität sei die friedliche Beseitigung von Elementen der Instabilität und sie wolle damit zum Aufbau von Sicherheit beitragen. Seine Idealvorstellungen für den Nahen Osten fasste er in vier Prinzipien zusammen, durch welche quasi eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten entstehen würde:

Sicherheit für alle Seiten, nicht nur für einzelne Staaten oder Gruppen;

Dialog als prioritäres Mittel der Krisenbewältigung;

Wirtschaftliche Interdependenz: Stabilität in der Region kann nicht im Umfeld isolierter Volkswirtschaften erzielt werden;

Kulturelle Koexistenz und Pluralität: für Davutoglu besonders wichtig betreffend den Irak, keine Seite würde von dessen Desintegration profitieren.

Und bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2010 erhob der türkische Außenminister die visionäre Forderung nach einem ständigen politischen Dialog in der Region nach dem Vorbild der EU, in dessen Rahmen die Anerkennung der Grenzen und Sicherheitsgarantien fixiert werden sollten. Der Nahe Osten müsse zu einem Mehrwert für die internationale Staatengemeinschaft werden.

Ministerpräsident Erdogan sprach davon, die Türkei sei als Mieter in das Gebäude eines neuen Nahen Osten eingezogen mit der Absicht, Frieden und Handel auf der Basis einer gemeinsamen Geographie zu fördern. Die Türkei nehme diese Position nicht nur auf Grund ihrer muslimischen Identität, sondern gleichzeitig zur Förderung der politischen Normalisierung in der Region wahr.

Breitere interne Abstützung der Außenpolitik

An der Tatsache, dass unter der AKP-Regierung der Nahe Osten in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt ist, sind neben der Regierung auch Wirtschaftsverbände und NGOs beteiligt, welche seit Amtsantritt der AKP ein Instrument und mitwirkendes Element der Außenpolitik geworden sind. Die Kemalisten kritisieren diese neue Linie als „Vernachlässigung“ der Außenpolitik und werfen der Regierung vor, durch dieses Engagement den Charakter der Türkei als eines Landes mit westlicher Orientierung „verraten“ zu haben.

Der in den letzten Jahren auf Grund der Hinwendung zum Nahen Osten stark gestiegene Einfluss in der Region äußert sich in verschiedenen Aspekten, wie der Intensivierung des Besuchs austausches und der Wirtschaftskontakte sowie in Abkommen über Visafreiheit (siehe unten). Die verstärkten diplomatischen Bemühungen, Profil in der Region zu erlangen, führten auch zu Erfolgen in mit der islamischen Welt bzw. dem Nahen Osten in Zusammenhang stehenden internationalen Organisationen: Die Türkei erlangte Beobachterstatus in der Arabischen Liga (welche im April 2011 ein Büro in Ankara eröffnet hat), in der türkischerseits früher eher vernachlässigten OIC wurde 2004 Prof. Ihsanoglu (erstmalig demokratisch) zum Generalsekretär gewählt (die Türkei hatte 2004/2005 außerdem turnusmäßig die OIC-Präsidentschaft inne), 2008 wurde mit dem Golfkooperations-Rat (GCC) ein Zusammenarbeitsabkommen geschlossen und die Türkei wurde für die Periode 2009/2010 mit starker Unterstützung des islamischen Lagers zum nichtständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrates gewählt. Der deutliche Anstieg des Prestiges Ankaras ist neben der erwähnten Haltung im Irakkrieg 2003 auch auf die wiederholte Kritik an der israelischen Position gegenüber den Palästinensern zurückzuführen. Darüber hinaus sind auch die türkischen EU-Ambitionen für die arabischen Staaten, zumindest für deren Eliten, interessant. Die islamischen Wurzeln der AKP brachten auch ein Ende der Vorstellung, dass sich in der Türkei eine säkulare dominierende Elite und islamische Massen ohne Einfluss gegenüberstehen. Einen positiven Eindruck in den meisten arabischen Hauptstädten machte auch die Tatsache, dass die Türkei ihre Modernisierung vorantreibt, ohne die islamische Identität aufzugeben. Unter der AKP-Regierung

wurde die Türkei für viele zu einem Modell für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie.

Bemühungen um eine Vermittlerrolle

Ein Schwerpunkt und komplementäre Ambition des türkischen Engagements im Nahen Osten ist das Bemühen, vermittelnd tätig zu sein. Das Land unterhält (im Falle Israels bis Anfang 2009) gute Kontakte zu allen Seiten des Raumes und sieht sich daher geeignet, diese Aufgabe zu übernehmen. Angestrebt wird die Rolle eines Katalysators, welcher die maßgeblichen Akteure zusammenbringt. Dadurch sollen gleichzeitig die Lösung von Konflikten erleichtert – was für die eigene Sicherheit als günstig erachtet wird – und die eigene Position und das Prestige in der Region ausgebaut werden. Die Idee einer größeren Rolle der Türkei im Nahen Osten bekam nach der klaren Intensivierung der Beziehungen zu Israel in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre, der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Ankara und Damaskus und dem Ausbruch der zweiten Intifada Momentum, war aber während der Vorgänger der AKP-Regierung noch nicht klar definiert (allerdings war der damalige Präsident Demirel Mitglied der Mitchell-Kommission zur Untersuchung der Ursachen für letztgenannten Palästinenseraufstand). Erst die AKP äußerte ihr deklariertes Interesse an dieser Vermittlungsfunktion. Dies stieß anfangs in Israel, insbesondere seitens Ministerpräsident Sharon, auf Skepsis. Die Vermittlertätigkeit äußerte sich in verschiedenen Formen. Einige seien nachstehend angeführt: Irakische Sunni-Gruppen wurden vor den Wahlen im Irak 2005 nach Istanbul eingeladen, um sie zur Teilnahme an dem politischen Prozess zu bewegen. Im Streit zwischen Syrien und dem Irak auf Grund der Anschuldigungen Bagdads, Damaskus stehe hinter Bombenanschlägen im Irak, konnte durch die Intervention der Türkei zumindest eine Eskalation des Konfliktes vermieden werden (ansonsten stießen jedoch die Vermittlungsambitionen Ankaras auf beiden Seiten nicht auf großes Interesse). Im November 2007 tagte erstmals das Ankara-Forum für Wirtschaftstreibende aus Israel und der Westbank (siehe unten), wobei es auch zu einem Treffen zwischen Präsident Peres und dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde Abbas kam. Auch zwischen der Fatah und der Hamas suchte die Türkei zu

vermitteln, jedoch ohne Erfolg. Allerdings hatte Außenminister Davutoglu im April 2011 bei einem Zusammentreffen mit Khalid Mashal in Damaskus das Interesse Ankaras an einem neuen diesbezüglichen Tätigwerden zum Ausdruck gebracht. Es ist aber unklar, inwieweit das Kairoer-Abkommen zwischen den beiden Palästinenserfraktionen vom 4. Mai 2011 türkische Handschrift trägt.

Die bedeutendste türkische Vermittlertätigkeit war wohl jene zwischen Syrien und Israel. Am 21. Mai 2008 verkündeten Ankara und Damaskus in einer gemeinsamen Erklärung die Aufnahme von indirekten Gesprächen der beiden Streitparteien in der Türkei (gegen deren Rolle in dem Prozess äußerte übrigens Präsident George W. Bush Skepsis). Insgesamt fanden fünf Verhandlungsrunden statt, im Dezember 2008 schien man vor einem Durchbruch zu einem direkten Treffen der beiden Außenminister zu stehen. Die israelische Militäraktion gegen Gaza Ende Dezember 2008 und der Krieg dort setzten dieser Entwicklung jedoch ein Ende (siehe hierzu in Abschnitt 2, Kapitel Israel). Auch in letztgenannter Auseinandersetzung wurde die Türkei tätig. Ministerpräsident Erdogan reiste unmittelbar nach Ausbruch der Kampfhandlungen nach Syrien, Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien (nicht jedoch nach Israel) und traf außerdem mit Palästinenserpräsident Abbas zusammen. Außenminister Davutoglu unternahm eine Shuttle-Mission zwischen Damaskus bzw. dem dortigen Hamas-Büro sowie Ägypten und die Türkei fungierte als eine Kontaktstelle für die Übermittlung von Botschaften zwischen westlichen Staaten (USA, Deutschland, Großbritannien) und der Hamas, welcher auch die israelischen Bedingungen für einen Waffenstillstand überbracht wurden. Nach dessen Erreichung reklamierte die Türkei diesen teilweise auch als eigenen Erfolg. Der Beitrag Ankaras wurde auch seitens des Hohen Beauftragten der EU für die Außenpolitik Solana gewürdigt.

Der Gaza-Krieg brachte allerdings in der Folge durch den – in den Medien stark beachteten – verbalen Angriff von Ministerpräsident Erdogan gegen Präsident Peres in Davos (siehe hierzu in Abschnitt 2, Kapitel Israel) nicht nur das Ende der Vermittlungstätigkeit zwischen Israel und Syrien (siehe oben), sondern in gewissem Maße auch die Aufgabe der bisherigen grundsätzlichen Äquidistanz Ankaras im arabisch-

israelischen Konflikt. Einseitige Positionsbezüge entsprechen nicht dem Selbstverständnis der Türkei als ehrlicher Makler zwischen den Parteien und untergraben den diesbezüglichen Ruf des Landes.

Insgesamt war die Vermittlungstätigkeit Ankaras im Nahen Osten, einschließlich im Atomstreit zwischen dem Iran und dem Westen (siehe hierzu in Abschnitt 2, Kapitel Iran) nur mäßig erfolgreich und wohl auch teilweise überambitioniert bzw. nach Ansicht vieler Beobachter von einer gewissen Selbstüberschätzung gekennzeichnet.

Engagement in der Palästinenserfrage

Die Palästinenserfrage nimmt in der türkischen Nahost-Politik einen zentralen Platz ein, was nicht zuletzt auf das persönliche Engagement der führenden AKP-Politiker zurückzuführen ist. Andererseits ist das Schicksal der Palästinenser für die öffentliche Meinung im Lande von hoher emotionaler Bedeutung. Eine Umfrage 2010 ergab, dass nach Aserbaidschan (68,9%) die Palästinenser mit 57,7% an zweiter Stelle betreffend die Sympathiewerte liegen (Israel kam auf 1,15!). Besonders die AKP-Anhänger treten aus religiösen Gründen für die Sache der Palästinenser ein und die Regierung muss, wie oben erwähnt, auf diese Stimmung Rücksicht nehmen.

Hinsichtlich der Spaltung im palästinensischen Lager zwischen der Fatah und der Hamas versuchte die Türkei in der Vergangenheit, allerdings eher erfolglos, tätig zu sein (siehe oben). In Entsprechung der Doktrin, dass alle Seiten eines Problems in die Suche nach dessen Lösung einbezogen werden müssten, lud die Türkei nach dem Wahlsieg der Hamas in Gaza den Führer deren in Damaskus ansässigen Politbüros, Khalid Maschal, im Februar 2006 nach Ankara ein. Bisher hatte die Türkei Kontakte mit derartigen Organisationen vermieden, um nicht die eigene Position im Kampf gegen die PKK zu unterminieren. Ministerpräsident Erdogan verteidigte die seitens der USA und Israel stark kritisierten Kontakte mit der Hamas und bezeichnete diese als Widerstandsbewegung gegen die israelische Besetzung. Er rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, die Hamas als Siegerin der palästinensischen Wahlen in Gaza Anfang

2006 anzuerkennen. Dies widersprach der Politik der EU und der USA, die Organisation durch internationalen Druck zu Gewaltverzicht und Anerkennung der bisherigen Absprachen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde zu bringen. Ankara vertrat den Standpunkt, dass eine Isolation der Hamas deren Kontakte zum Iran und zu Syrien fördern und sie noch radikaler machen würde, womit eine Lösung erschwert werde. Sanktionen gegen die neue Führung in Gaza wären der Sache der Palästinenser insgesamt abträglich.

Das türkische Engagement zugunsten der Palästinenser beschränkt sich jedoch nicht nur auf das politische Gebiet. Im Außenministerium in Ankara ist ein Palestine Economic and Social Collaboration Coordination Committee eingerichtet und das Ministerium veranstaltet Trainingsprogramme für junge palästinensische Diplomaten. Die Turkish Cooperation and Development Agency TIKA unterhält ein Büro in Ramallah. Die Union of Chambers and Commodity Exchanges of Turkey TOBB errichtete im Rahmen der Initiative „Industrie für den Frieden“ zwecks Zusammenarbeit zwischen der Palästinenserbehörde, Israel und der Türkei nach dem Rückzug Israels aus Gaza 2005 die Erez Industrial Zone an der Grenze zwischen Gaza und Israel. Die Aktion fügte sich in den Gedanken der AKP-Regierung ein, dass gegenseitiger Handel und Wirtschaftsbeziehungen der politischen Aussöhnung förderlich sein können. Nach Machtübernahme der Hamas in Gaza wurde das Projekt in die Westbank verlegt. Im Rahmen des obstehend erwähnten Ankara-Forums treffen sich Vertreter der Handelskammern und Wirtschaftsleute aus den Palästinensergebieten, Israels und der Türkei. Die Ergebnisse all dieser Initiativen sind zwar bescheiden geblieben, spiegeln jedoch das Interesse der Türkei an der Sache der Palästinenser wieder.

Allerdings meint ein Vertreter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, die Euphorie Ankaras betreffend die Palästinenser sei in letzter Zeit verflogen und Erdogan spiele diese Karte nicht mehr so stark wie früher. Nichtsdestoweniger nehmen Beobachter an, dass – sollte es zur formellen einseitigen Ausrufung eines Palästinenserstaates kommen – die Türkei zu den ersten Ländern gehören wird, diesen anzuerkennen (was naturgemäß zu einer weiteren Belastung des Verhältnisses zu Israel führen würde).

Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen

Das verstärkte türkische Engagement im Nahen Osten hat auch zu einer deutlichen Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen geführt. Diese hatten unter Ministerpräsident bzw. Präsident Özal in den 80er-Jahren an Momentum gewonnen, welches von der AKP-Regierung noch weiterentwickelt wurde. Diese sieht regionalen Handel als Synergie für eine nachhaltig positive Wirtschaftsentwicklung aller Beteiligten.

Der Handel der Türkei mit den Staaten der Region ist von 9% des Gesamtvolumens 1996 auf 19% 2008 gestiegen. Im Vergleich hiezu sank der Handel zwischen der Türkei und den EU-Staaten von 57% des Gesamthandels 2003 auf 42% im Jahre 2010. Die türkischen Exporte in die Länder des Nahen Ostens erhöhten sich zwischen 1996 und 2009 um ca. 400%. Im selben Zeitraum stiegen die Ausfuhren in die OIC-Staaten um ca. 700% und betragen 2009 28% des Gesamtexportvolumens. Die Türkei hat weltweit ein Handelsdefizit, mit den Nahost-Staaten jedoch einen Überschuss von \$ 8 Mrd. (Verhältnis 3:2). 2007 gingen \$ 9 Mrd. des Gesamtexportes von \$ 86 Mrd. in den Nahen Osten, insbesondere in die Golfstaaten (der prozentuelle Anteil dürfte seither noch gestiegen sein).

1999 waren 842 Firmen aus den Staaten der Region in der Türkei tätig. Die Anzahl ist 2003 um 270, 2004 um 750, 2005 um 415, 2006 um 438 und zwischen Jänner und April 2007 um weitere 159 gewachsen. Stark gestiegen sind auch die arabischen Investitionen in der Türkei, vor allem aus den Ländern des Golfs. Der Kapitalzufluss aus diesen Staaten belief sich 2007 auf \$ 1,8 Mrd. Istanbul wurde zu einem der bedeutendsten Zentren für arabisches Kapital. Der Tourismus aus den Nahost-Staaten (ohne Israel) hat 2008 um 16% und 2009 um weitere 22% zugenommen (nichtsdestoweniger kamen 2009 nur ca. 10% der etwa 27 Millionen Touristen aus den Staaten der Region und Nordafrika). Förderlich für den Tourismus hat sich nicht zuletzt die Aufhebung der gegenseitigen Visapflicht im Verhältnis zu Syrien, dem Iran, dem Libanon und Jordanien ausgewirkt.

In den Beziehungen mit dem Irak, Syrien, Jordanien und dem Libanon sind hochrangige Kooperationsräte auf Regierungsebene (Vorsitz Minis-

terpräsident) eingerichtet, welche vor allem der Diskussion und der Intensivierung der Wirtschaftskontakte dienen (siehe auch in Abschnitt 2 in den jeweiligen Länderkapiteln). Im Juni 2010 wurde grundsätzlich beschlossen, die bestehenden Freihandelsabkommen der Türkei mit Syrien, dem Irak, dem Libanon und Jordanien durch eine gemeinsame Freihandelszone zu ersetzen, ein ehrgeiziges Projekt, welches einen Schritt in Richtung einer multilateralen Kooperation nach EU-Vorbild darstellen soll. Im Februar 2010 wurde in diesem Zusammenhang die Eisenbahnlinie Türkei-Syrien-Iran wiedereröffnet.

Die Umwälzungen im arabischen Raum

Die Umwälzungen im arabischen Lager betrafen naturgemäß auch das Verhältnis der Türkei mit den betreffenden Staaten. Betreffend die Krise in Tunesien reagierte Ankara zunächst abwartend. Als die Sache aber entschieden war, begrüßte Ministerpräsident Erdogan als einer der ersten Politiker aus einem muslimischen Land den Umsturz. Außenminister Davutoglu meinte, die tunesische Revolution und korrekte Wahlen könnten ein Modell für andere Staaten sein. Im Falle Ägypten erklärte Ministerpräsident Erdogan schon bald nach dem Beginn der Krise relativ offen, dass Präsident Mubarak die Wünsche des Volkes erfüllen müsse und forderte diesen direkt auf, die Macht abzugeben. Er begrüßte in der Folge dessen Rücktritt. Außenminister Davutoglu bezeichnete die Entwicklung als positiv, das Militär müsse nun dafür sorgen, dass freie und faire Wahlen stattfinden, sich aber nach Etablierung eines demokratischen Regimes zurückziehen. Wenn kein geordneter Transitionsprozess stattfinde, drohten interne Spannungen wie im Falle des Irak. Präsident Gül, der Ägypten als erster Staatschef nach dem Umsturz im März 2011 einen Besuch abstattete, gab der Überzeugung Ausdruck, dass die Militärmachthaber tatsächlich den demokratischen Übergang beabsichtigten, wies aber nochmals auf die Notwendigkeit von Reformen hin. Außenminister Davutoglu reiste im März und im April 2011 ebenfalls zwei Mal nach Kairo.

Libyen

Im Falle Libyens fuhr die Türkei eine Art Zick-Zack-Kurs. Zu Beginn der Krise war die Zurückhaltung Ankaras deutlich spürbar, naturgemäß im Hinblick auf zahlreiche dort tätige türkische Baufirmen mit einem Auftragsvolumen von ca. \$ 15 Mrd. und 25 000 dort beschäftigte Landsleute – von welchen die meisten in der Folge in einer groß angelegten Aktion zurückgeholt wurden. Vor der entsprechenden UN-Abstimmung sprach sich die Türkei gegen Sanktionen aus, da diese die libysche Bevölkerung treffen würden. Ministerpräsident Erdogan warnte im Hinblick auf die zu erwartenden Zivilopfer vor einer militärischen Operation, Außenminister Davutoglu meinte, dass im Irak gemachte Fehler nicht wiederholt werden dürften. Nach der Annahme der UN-Sicherheitsrat-Resolution über die Errichtung einer Flugverbotszone und die Ergreifung von Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung modifizierte der türkische Ministerpräsident seine Haltung, akzeptierte nach anfänglichem Widerstand letztlich ein Eingreifen der NATO und versprach eine Beteiligung an der Umsetzung des Beschlusses. Die Türkei werde sich jedoch nicht an Kampfhandlungen und an Bombardements beteiligen. In der Folge stellte die Türkei mit fünf Schiffen und einem Unterseeboot das größte Flottenkontingent für die Seeblockade. In der NATO-Basis Izmir wurde das Kommando für die Luftoperationen zur Überwachung der Flugverbotszone eingerichtet. Ankara übernahm auch die Vertretung der Interessen der USA und Großbritanniens in Tripolis und versuchte, mit beiden Konfliktparteien Kontakt zu halten und eine Lösung zu vermitteln. Darüber hinaus wurden türkischerseits humanitäre Aktionen wie die Evakuierung von Verwundeten in eigene Spitäler durchgeführt. Der Fall Libyen stellte die Türkei deutlich vor das Dilemma, einerseits die Glaubwürdigkeit in der islamischen Welt und auch in der konservativen eigenen Wählerschaft nicht zu verlieren (nicht zuletzt mit Hinblick auf die Parlamentswahlen im Juni 2011) und andererseits Bündnistreue gegenüber dem Westen zu beweisen. Betreffend die unterschiedliche Position im Vergleich zur Haltung im Falle Tunesien und Ägypten erklärte ein Vertreter des Außenministeriums, man reagiere case by case, die Situation sei in allen Ländern unterschiedlich. Anfang Mai 2011 forderte Ministerpräsident Erdogan expressis verbis den Rück-

tritt Gaddafis. Die türkische Botschaft in Tripolis wurde nach gegen die Türkei gerichteten Demonstrationen geschlossen.

Syrien

In einer noch heikleren Situation befand sich Ankara hinsichtlich der Unruhen in Syrien angesichts der engen Beziehungen (siehe hierzu in Abschnitt 2, Kapitel Syrien) und des offenbar guten persönlichen Verhältnisses zwischen Ministerpräsident Erdogan und Präsident Assad. Syrien ist für die Türkei von großer regionaler Bedeutung und Instabilität dort würde nach Ansicht Ankaras weitreichende Auswirkungen haben. Der türkische Regierungschef riet, Pressemeldungen zufolge, Assad in mehreren Telefongesprächen, „auf den Ruf des Volkes zu hören“ und Reformen durchzuführen. Außenminister Davutoglu reiste nach Damaskus, überbrachte dem syrischen Staatschef eine ähnliche Botschaft und bot die Unterstützung bei der politischen Öffnung an. In diesem Sinne entsandte Ankara ein Team von Spezialisten nach Damaskus. Irgendwelche, auch indirekte Aufrufe zum Rücktritt gab es nicht. Die türkische Regierung wollte sichtlich ihre guten Kontakte zum Assad-Regime nicht aufs Spiel setzen. Ankara ist deutlich daran interessiert, den Sturz Assads zu vermeiden, hat aber klar gemacht, dass man kein Fortdauern des autoritären Regimes in Damaskus, sondern Demokratisierung wünsche und die Unterstützung nicht unbegrenzt sei. Das Festhalten an Assad führt zu Kritik in den türkischen Medien. Betreffend Syrien, wie auch im Falle anderer arabischer Staaten, befindet sich Ankara in einem Dilemma: einerseits wurde und wird der Demokratisierungsprozess unterstützt, andererseits herrscht Unsicherheit, was in den einzelnen Staaten nach einem Regimewechsel kommen wird.

Für den grundsätzlichen türkischen Standpunkt ist bemerkenswert, dass Präsident Gül bei seinem Besuch in Teheran im Februar 2011 (siehe Abschnitt 2, Kapitel Iran) offen Veränderungen in Richtung Demokratie in der ganzen arabischen Welt forderte und – wohl zum Missvergnügen seiner Gastgeber – erklärte, wenn politische Führer sich weigerten Reformen durchzuführen, würden diese durch das Volk verwirklicht.

In einem Interview für die Times of India nannte der türkische Außenminister vier Gründe für den Ausbruch der Unruhen in der arabischen Welt: die technische Entwicklung, welche eine Telekommunikations-Revolution mit neuen Ideen ermöglicht habe; das Erwachen einer Art eines gemeinsamen Bewusstseins; die Frustration in der arabischen Welt über die Erfolglosigkeit auf außenpolitischem Gebiet und die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise

2. Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen anhand von Fallbeispielen

Syrien – Partnerschaft statt Gegnerschaft

Das türkisch-syrische Verhältnis hat im Laufe des letzten Jahrzehnts einen weitreichenden Wandel erfahren. An die Stelle der Konfrontation ist enge Kooperation getreten.

Während des Kalten Krieges befanden sich die beiden Staaten in verschiedenen Lagern. Die Türkei war durch ihre NATO-Mitgliedschaft fest im Westen verankert und wurde in Damaskus als Vertreter dessen Interessen angesehen. Syrien unterhielt ein enges Verhältnis zur Sowjetunion und Ankara betrachtete den arabischen Nationalismus als den Interessen Moskaus zuträglich.

In den 70er-Jahren begann die Wasserfrage ein dominierendes Element der Beziehungen zu werden. Die Türkei beanspruchte im Zusammenhang mit mehreren Staudammprojekten quasi die „Souveränität“ über die Wasser des Euphrat und des Tigris, während Damaskus auf dem internationalen Charakter dieser Flüsse bestand. Mit Beginn des Great Southeast Anatolian Development Project (GAP) in den 80er-Jahren verschärften sich die Spannungen. Syrien versuchte, die Wasserfrage zu einer pan-arabischen Angelegenheit zu machen. Außerdem bot man als Retorsionsmaßnahme der PKK sowie auch anderen gegen die Türkei gerichteten Organisationen, wie der ASALA (Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia) und der radikalen türkischen Linkspartei Dev Yol Unterstützung, ließ den PKK-Führer Öcalan von Damaskus aus tätig werden und suchte dies quasi als Trumpfkarte gegenüber Ankara zu benutzen.

Beim Besuch des türkischen Präsidenten Özal in Damaskus 1987 kam es zur Unterzeichnung eines Sicherheitsprotokolls mit der Zusage, Aktivitäten feindlicher Gruppen im jeweils anderen Lande zu unterbinden. Das Abkommen brachte keinen Erfolg, da Syrien den Aufenthalt Öcalans in Damaskus leugnete und nicht bereit war, dieses Thema zu diskutieren.

Außerdem wurde bei dem Besuch ein Protokoll über die „Teilung“ der Wasser des Euphrat und das Durchlassen von 500 m³ pro Sekunde unterschrieben, was in der Folge nur vorübergehende Entspannung brachte.

1992 und 1993 schlossen die beiden Nachbarn Abkommen über die Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Terrorismus. Syrien anerkannte die PKK als Terrororganisation. Auch diese Verträge wurden nicht effektiv, da Syrien in der Praxis seine Position nicht änderte. Zumal verschärfte die Eröffnung des Atatürk-Dammes am Euphrat zusätzlich die Spannungen.

1994/1995 trat durch einen Aufschwung in den Wirtschaftsbeziehungen eine gewisse positive Entwicklung des Verhältnisses ein, die jedoch nur von temporärer Dauer war. Außerdem hielt die syrische Unterstützung der PKK-Aktivitäten an, insbesondere in der türkischen Provinz Hatay (siehe unten).

Ein Verteidigungsabkommen Syriens mit Griechenland 1995 wurde in Ankara angesichts der gespannten Beziehungen zu Athen als Bedrohung angesehen und mündete letztlich in einem Militärabkommen mit Israel (siehe hierzu im entsprechenden Kapitel). Beide Faktoren belasteten das Verhältnis noch weiter.

Die Krise 1998 und die Wende zu einem positiven Verhältnis

1996 suspendierte die Türkei die offiziellen Kontakte und kündigte in einem Memorandum des Außenministeriums an, auf Grund der Präsenz Öcalans in Damaskus „jedwede Maßnahmen ergreifen zu wollen“. Im Oktober 1998 eskalierte die Lage. Präsident Demirel erklärte bei der Eröffnung der Parlamentssession in Ankara, Syrien werde die Konsequenzen seiner Unterstützung für die PKK zu spüren bekommen. Generalstabschef Kivrikoglu sprach von einem nicht erklärten Krieg zwischen der Türkei und Syrien. Ankara zog Truppen an der Grenze zusammen und drohte mit einer Militäraktion, um Öcalans habhaft zu werden. Die beiden Staaten standen am Rande eines Krieges. Mehrere Länder forderten die beiden Parteien zur Mäßigung auf. Die EU, vertreten durch die

damalige österreichische Präsidentschaft, unternahm entsprechende Demarchen in Ankara und Damaskus. Jordanien und Ägypten rieten Syrien, die türkischen Bedingungen zu akzeptieren. Damaskus lenkte ein, verwies Öcalan des Landes und das Adana-Abkommen vom 20. Oktober 1998 brachte einen Wendepunkt in den Beziehungen. Die früher problematische Agenda wich einer an praktischer Kooperation orientierten Linie und es kam zu einer positiven Entwicklung des Verhältnisses. Die Trainingslager der PKK wurden geschlossen und ein Joint Security Committee eingerichtet. Das Wasservolumen für Syrien wurde auf 900 m³ pro Sekunde erhöht. All dies entsprach den stark vom damaligen Außenminister Cem geprägten Bestrebungen der Regierung Ecevit, gute Beziehungen zu den Nachbarn zu entwickeln, unabhängig von jenen mit dem Westen. Syrien wurde in Ankara als wichtiges Element des Zieles angesehen, die Stellung in der arabischen Welt zu stärken.

Die Schließung der PKK-Lager in Syrien und in der Bekaa-Ebene im Libanon hatte übrigens deren Verlegung in den Nord-Irak zur Folge, wo die Terrororganisation von der dort verhängten Flugverbotszone profitierte, welche das Gebiet außerhalb der Kontrolle der Regierung in Bagdad stellte.

Die Teilnahme des türkischen Staatspräsidenten Sezer am Begräbnis von Hafiz Al- Assad im Juni 2000 in Damaskus hatte mehr als nur symbolische Bedeutung und dokumentierte das verbesserte Verhältnis. Der Präsidentenwechsel in Syrien brachte auch ein teilweises Umdenken in der außenpolitischen Linie des Landes. Im Juni 2002 wurde ein Abkommen über gemeinsames militärisches Training abgeschlossen. In dessen Rahmen veranstalteten die türkischen Streitkräfte – quasi als Ausfluss des Adana-Abkommens – Schulungsprogramme für syrische Truppen.

Ausbau der Beziehungen durch die AKP-Regierung

Eine deutliche Intensivierung der Beziehungen trat nach Regierungsantritt der AKP im November 2002 ein. 2004 wurden ein Investitionsschutzabkommen sowie ein solches über die Vermeidung der Doppelbe-

steuerung abgeschlossen, außerdem Abkommen auf den Gebieten des Luftverkehrs, des Eisenbahnverkehrs und der maritimen Kooperation.

Im Jänner 2004 besuchte Präsident Bashar Al-Assad Ankara – es handelte sich um den ersten Besuch eines syrischen Staatschefs in der Türkei überhaupt. Beim Besuch von Ministerpräsident Erdogan in Damaskus im Dezember 2004 wurde ein Freihandelsabkommen unterzeichnet. Während des Aufenthaltes des türkischen Regierungschefs in der syrischen Hauptstadt im Dezember 2006 erklärte Präsident Assad, die Türkei und Syrien hätten gleiche Ansichten betreffend regionale Fragen und man schätze die Bemühungen Ankaras, einen Nahost-Frieden zu erreichen. In der Folge fanden Besuche Assads in der Türkei im Oktober 2007 und September 2009 statt, wobei bei letzterem Anlass die Einsetzung eines Kooperationsrates auf Ministerienebene (Vorsitz Ministerpräsident) beschlossen wurde, welcher in der Folge erstmals in Aleppo und in Gaziantep (Türkei) zusammentrat. Eine weitere Sitzung fand im Dezember 2009 anlässlich des Besuches von Erdogan in Damaskus statt, wobei Einigung über die Aufhebung des gegenseitigen Visazwanges erzielt wurde. Zuletzt tagte der Rat – der mindestens ein Mal jährlich zusammentreten soll – im Dezember 2010. Im Mai 2010 hielt sich Präsident Assad erneut in der Türkei (Istanbul) auf. Präsident Gül reiste im Jänner 2008 und im Mai 2009 nach Syrien. Im Februar 2011 besuchte Ministerpräsident Erdogan erneut Damaskus. In den letzten Jahren gab es auch zahlreiche Treffen auf Ebene der Außenminister.

Günstig für die Entwicklung der Beziehungen wirkte sich auch eine Konvergenz der türkischen und syrischen Interessen als Folge des Irakkrieges 2003 aus. Beide Seiten befürworteten die Erhaltung der territorialen Integrität des Irak und – in Anbetracht der entsprechenden Minderheit im eigenen Land – die Verhinderung eines Kurdenstaates im Norden des Landes.

Nach der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri 2005 dürfte die Türkei wesentlich dazu beigetragen haben, dass Damaskus sich letztlich bereit erklärte, bei der Aufklärung mitzuarbeiten und in der Folge auch Verdächtige an den eingesetzten UN-Staatsanwalt übergab. Just zu einem Zeitpunkt, als damals die USA wegen des Mordes

(sowie wegen des Vorwurfs der Entsendung von Kämpfern in den Irak) Druck auf Syrien ausübten und dieses zu isolieren suchten, besuchte Präsident Sezer gleichsam als Demonstration der unabhängigen türkischen Außenpolitik Damaskus. Die diesbezüglichen Meinungsdivergenzen zwischen der Türkei und den USA kamen auch beim Washington-Besuch Erdogans im Dezember 2005 deutlich zum Ausdruck.

Damaskus befürwortete 2008 die Bemühungen Ankaras, im Konflikt zwischen Syrien und Israel zu vermitteln (siehe hierzu in Abschnitt 1 sowie nachstehend im Kapitel Israel) und erhoffte sich von den indirekten Gesprächen auch den Erwerb von Sympathie in den USA und der EU.

Rasche Entwicklung der Wirtschaftskontakte

Der politische Wille zur Zusammenarbeit schlägt sich auch in der rasanten Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen nieder. Im Jahre 2000 betrug das bilaterale Handelsvolumen \$ 729 Millionen. Die nachstehenden Zahlen belegen diese Intensivierung

Jahr	Türkische Exporte	Türkische Importe
2003	\$ 410 755	\$ 413 349
2006	\$ 609 417	\$ 187 250
2008	\$ 1 115 013	\$ 639 213
2009	\$ 1 421 637	\$ 327 846
2010	\$ 1 849 185	\$ 662 553

Die wichtigsten türkischen Exportprodukte sind (2009) Zement, Treibstoffe, Eisen- und Stahlwaren, elektrische Energie und Getreide. Die hauptsächlichsten Importpositionen sind Erdöl, Kalk und Textilien.

Die türkischen Investitionen in Syrien belaufen sich auf über \$ 400 Millionen.

Das starke Defizit in der Handelsbilanz gegenüber der Türkei löst in Syrien teilweise Besorgnis aus. Gesehen wird auch die Gefahr, dass Tei-

le Nord-Syriens, welche hinsichtlich Infrastruktur und Dienstleistungen schlechte Verbindungen nach Damaskus haben, zu stark unter türkische Kontrolle geraten könnten.

Im April 2009 und im April 2010 hielten die Streitkräfte beider Staaten gemeinsame Manöver ab (was negative Reaktionen in Israel auslöste). Dem türkischen Generalstab zufolge sollen dadurch die Kooperation und das gegenseitige Vertrauen gestärkt werden. Syrien hat in Gaziantep (siehe oben) ein Konsulat eröffnet – das einzige dort – und hat durch die Einrichtung einer Fährverbindung zwischen Lattakia und Famagusta direkte Kontakte zu Nord-Zypern aufgenommen. Geplant sind ferner gemeinsame Grenzstationen an Stelle der jeweils getrennten türkischen bzw. syrischen Posten zu beiden Seiten der Grenze. Zwischen Gaziantep und Aleppo soll eine Hochgeschwindigkeitsstrecke errichtet werden. Vorgesehen ist auch eine gemeinsame türkisch-syrische Bank.

Bedenkt man den Gegensatz in der Wasserfrage in der Vergangenheit (siehe oben) muss die Grundsteinlegung für einen gemeinsamen „Freundschaftsdamm“ im Februar 2011 als historisches Ereignis gewertet werden (in diesem Kontext kam es zu einem Treffen Erdogan – Assad in Aleppo). Trotz dieses Fortschrittes ist in der Wasserproblematik bisher keine endgültige Lösung in Sicht, welche beide Seiten zufrieden stellen würde. Das Thema wird gegenwärtig pragmatisch und nicht als politische, sondern als technische Angelegenheit behandelt, etwa in Form gemeinsamer Bewässerungsprojekte am Euphrat, und der Konflikt wird hintangestellt. Beide Parteien hoffen möglicherweise, dass der permanente Ausbau der nachbarschaftlichen Kontakte auch diese Frage einer Regelung zuführen kann. Mangels einer solchen wird es wohl immer wieder zu Differenzen kommen.

Grenzfrage nicht mehr Diskussionsthema

De facto kein Problem mehr zwischen den beiden Staaten stellt die territoriale Frage dar, welche für Damaskus in der Vergangenheit nicht zuletzt ein Mittel gewesen war, seinen arabischen Nationalismus zu zeigen. Syrien hat zwar die Zugehörigkeit der Provinz Hatay (des 1939 von der

französischen Protektoratsverwaltung an die Türkei abgetretenen ehemaligen Sandschaks von Alexandrette) nicht formell anerkannt, doch wird die territoriale Integrität der Türkei nicht mehr in Frage gestellt. Hatay bleibt zwar für Syrien ein emotionales Thema, das jedoch seine politische Bedeutung verloren hat. Damaskus hat gegenüber Ankara die Bereitschaft ausgedrückt, die Grenzfrage zu lösen, jedoch erklärt, die eigene öffentliche Meinung darauf vorbereiten zu müssen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es unwahrscheinlich, dass die Sache wieder aufs Tapet kommt.

Außenminister Davutoglu bezeichnete im Frühjahr 2011 das Verhältnis zwischen der Türkei und Syrien als Beispiel für erfolgreiche internationale Beziehungen. Sicherheit, Stabilität und Friede im Nahen Osten seien ohne Beteiligung Syriens nicht möglich.

Die Bestrebungen Ankaras richten sich – abgesehen vom Interesse an intensiven nachbarlichen Kontakten – letztlich darauf, Damaskus zu einer moderaten Nahost-Politik zu bewegen, den iranischen Einfluss einzudämmen und es so im Westen, besonders den USA „akzeptabler“ zu machen. Für Syrien als Staat mit wenig Verbündeten ist die Türkei ein wichtiger Partner, um aus seiner Isolation herauszukommen. Ankara stellt hierbei eine strategische Brücke zum Westen dar. Die Verbesserung der Beziehungen zur Türkei bietet Damaskus außerdem die Möglichkeit, einerseits US-Druck entgegenzuwirken und andererseits seine Abhängigkeit von Teheran zu verringern.

Betreffend die türkische Reaktion auf die gegen das Regime gerichteten Unruhen in Syrien siehe im Abschnitt 1.

Irak – ein politisch und wirtschaftlich wichtiger Nachbar

Während des Irak-Iran-Krieges 1980-1988 verhielt sich die Türkei neutral, profitierte jedoch durch gesteigerte Exporte in beide Staaten. Der Irak gestattete der Türkei, gegen die Kurden im Nord-Irak vorzugehen. Durch die Beteiligung der Türkei am ersten Golfkrieg 1991 verschlechterten sich die Beziehungen. Ankara gewährte unter Präsident Özal volle

Unterstützung für die US-Militäraktion, stationierte 100 000 Mann an der Grenze und gab Washington die Erlaubnis, türkische Luftwaffenbasen zu benutzen. Gesperrt wurde ferner der irakische Ölexport durch eine über türkisches Gebiet führende Pipeline.

Nach 1991 stellte die Türkei einen Hauptpfeiler für die Politik Washingtons gegen Saddam Hussein dar, da US-Maschinen zur Überwachung der Flugverbotszone in der Basis Incirlik starten und landen konnten. Das Sanktionenregime gegen Bagdad brachte allerdings für die Türkei große wirtschaftliche Verluste.

In der Folge trat eine Verbesserung der Beziehungen Ankaras zum Regime Saddam Hussein ein, nicht zuletzt angesichts der türkischen Befriedigung über das entschiedene Vorgehen des letzteren gegen die Kurden im Nord-Irak. Während der Periode des irakischen Diktators herrschte weitgehend Stabilität an der türkisch-irakischen Grenze.

2003 stellte die bevorstehende Militäraktion gegen den Irak die Türkei vor ein Dilemma, da der Allianzpartner USA die Beteiligung an der Anti-Saddam-Koalition forderte. Mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung (islamischer Nachbar Irak) lehnte die AKP-Regierung eine solche ab, wollte aber andererseits die Beziehungen zu Washington nicht gefährden. Bereits im Jänner 2003 wurde auf Initiative Ankaras unter Beteiligung der Türkei, Ägyptens, Jordaniens, Syriens, Saudi-Arabiens und des Iran (nicht jedoch Kuwaits) die „Plattform der Nachbarn des Irak“ gegründet, um eine friedliche Lösung des Problems zu erreichen und den bevorstehenden Krieg zu verhindern. In diesem Sinne wurde eine Istanbul Erklärung verabschiedet, die jedoch ohne Folgen blieb.

Vor Beginn des Krieges fanden türkisch-amerikanische Verhandlungen betreffend den Wunsch Washingtons statt, unter Benützung des türkischen Staatsgebietes von diesem aus eine zweite Front gegen Saddam Hussein zu eröffnen. Die USA boten zuletzt \$ 15 Mrd. an Krediten und Zuschüssen sowie die Erlaubnis, 20 000 türkische Soldaten im Nord-Irak zwecks Sicherung der Interessen Ankaras zu stationieren. Gegen die Empfehlung der AKP-Regierung, das Angebot anzunehmen, lehnte das türkische Parlament am 1. März 2003 ab (die diesbezügliche Debatte

war mehrfach verschoben worden). Hierzu wäre festzuhalten, dass sich zwar eine Mehrheit für die Erteilung der entsprechenden Genehmigung an die USA aussprach, das notwendige Quorum an Ja-Stimmen jedoch nicht erreicht wurde. Dies löste eine deutliche Spannung im Verhältnis zu Washington aus – auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Logistische Hilfe in Form der Gestattung der Benützung des türkischen Luftraumes vor und während der Invasion wurde allerdings gewährt.

Beitrag zur Stabilisierung des Irak nach 2003

Nach Ende des Krieges und während des nachfolgenden Chaos im Irak galt das Hauptanliegen der Türkei der Bewahrung dessen territorialer Integrität, da sonst die regionale Instabilität noch steigen würde. In Ankara trat man in diesem Sinne für eine künftige starke Zentralregierung in Bagdad ein, welche die Kontrolle über das ganze Land und seine Ressourcen ausübt. Die Mitwirkung an der Stabilisierung geschah vor allem in der Pflege von Kontakten zu den verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen des Landes, insbesondere den Sunniten (Bevölkerungsmehrheit in der Türkei) und den Schiiten, um eine Balance zwischen diesen zu vermitteln. Organisiert wurden auch Treffen zwischen Vertretern der Sunni-Gruppen und den USA, um eine Beteiligung ersterer an den Wahlen 2005 zu erreichen. Außerdem bemühte sich Ankara, die „Plattform der Nachbarn des Irak“ auf Außenministerebene zu reaktivieren und wurde auch im Rahmen der OIC und der UN tätig. Der Nationale Sicherheitsrat in Ankara – in welchem das Militär eine bedeutsame Rolle spielt – sprach sich im Februar 2007 für eine Intensivierung der Bemühungen um Stabilität im Irak und die diesbezügliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten aus. Die türkischen Aktivitäten im Land selbst umfassten die Förderung des politischen Dialoges, Hilfe beim Aufbau staatlicher Institutionen und der Ausarbeitung einer Verfassung, Trainingsprogramme für die irakischen Sicherheitskräfte sowie für Politiker aus den verschiedenen Parteien.

Gleichzeitig war Ankara bestrebt, seine Rolle bei der Mitgestaltung der inneren Situation und der Zukunft des Irak mit den eigenen Interessen im Lande, insbesondere betreffend den Norden, zu kombinieren. In der Präsenz einer turkmenischen Minderheit im Nord-Irak (siehe unten) fand

man aus ethnischen Gründen eine Rechtfertigung für ein politisches Engagement nicht nur zugunsten dieser, sondern auch hinsichtlich der Verhältnisse im gesamten Nachbarland, welche nach türkischer Ansicht einen Einfluss auf die ganze Region haben würden. Außerdem sah man durch eine Rolle im Irak für die Türkei attraktive wirtschaftliche Möglichkeiten und das Nachbarland war angesichts der Pipelines aus dem Irak nach Ceyhan und Yumurtalik auch auf dem Energiesektor von Bedeutung.

Intensivierung der Beziehungen

Das Verhältnis der Türkei zur Regierung Al-Maliki war anfangs schwierig, mit der Zeit setzte sich in Bagdad aber die Erkenntnis durch, dass Ankara einen Beitrag für die Stabilität des Irak, einschließlich auf dem Wirtschaftssektor, leisten könne. Die bilateralen Beziehungen besserten sich in der Folge. Im August 2007 reiste der irakische Ministerpräsident nach Ankara und stufte bei seinem Besuch erstmals die PKK als Terrororganisation ein (siehe hierzu nachstehend). Man hatte in Bagdad offenbar erkannt, dass die PKK-Frage das Verhältnis zur Türkei negativ beeinflussen kann. Im September 2007 wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung geschlossen. Ebenfalls 2007 besuchte Babacan als erster türkischer Außenminister seit den 80er-Jahren den Irak.

Im März 2008 stattete Präsident Talabani Ankara einen offiziellen Besuch ab (wo er sich als Führer der Patriotic Union of Kurdistan bereits früher mehrfach aufgehalten hatte). Ministerpräsident Erdogan reiste im Juli 2008 als erster türkischer Regierungschef seit 18 Jahren, sowie später auch im Oktober 2009 in den Irak, wobei zahlreiche bilaterale Abkommen unterzeichnet wurden. Ministerpräsident Al-Maliki besuchte im Dezember 2008 erneut die Türkei. Ein strategischer Kooperationsrat auf Ministerebene (Vorsitz Ministerpräsident) nahm im September 2009 seine Tätigkeit auf und soll 2-3 Mal jährlich zusammentreten. Von irakischer Seite besuchten 2010 sowohl der (amtierende) Ministerpräsident Al-Maliki im Oktober als auch Präsident Talabani im Dezember die Türkei. Zuletzt hielt sich Erdogan im März 2011 in Bagdad auf, wo er

als erster ausländischer Regierungschef eine Rede vor dem Parlament hielt. Er rief hierbei die irakische Regierung zu größerer Kooperation im Kampf gegen die PKK auf und bezeichnete – etwas im Widerspruch zu der Entwicklung des Verhältnisses – deren Basen im Nord-Irak als „entscheidendes Hindernis für vertiefte Beziehungen“. Der türkische Ministerpräsident traf mit Vertretern aller politischen Gruppen zusammen.

Nach den Parlamentswahlen im Irak am 7. März 2010 konnte eine neue Regierung erst nach neun Monaten im Dezember 2010 gebildet werden. Während dieser Zeit gab es eine beträchtliche Anzahl von informellen Besuchen türkischer Regierungsmitglieder im Irak – insbesondere Außenminister Davutoglus, um vermittelnd tätig zu werden. Ankara suchte hierbei Äquidistanz zu allen Parteien zu wahren. Von schiitischer Seite wurde allerdings wiederholt der Vorwurf erhoben, dass die Türkei Ayad Allawi und seine säkulare und überkonfessionelle, Schia-Vertreter einschließende Iraqiya-Liste unterstütze. Im Jänner 2011 reiste der türkische Außenminister erneut nach Bagdad um den ersten Kontakt mit der neuen Regierung herzustellen.

Im Herbst 2009 wurden als sichtbarer Ausdruck des intensivierten Verhältnisses türkische Konsulate in Basra und Mossul eröffnet.

Angesichts der früheren Bedrohung durch Saddam Hussein ist – als Ergebnis des Krieges 2003 in militärischer Hinsicht – das derzeitige Fehlen einer schlagkräftigen irakischen Armee für die Türkei vorteilhaft und stärkt überdies deren strategische Rolle in der Region.

Wirtschaftskontakte als wichtiges Element des Verhältnisses

Die Wirtschaftskontakte sind für beide Staaten von großer Bedeutung. Für die Türkei ist der Irak sowohl ein wichtiger Markt für den Export von Gütern und Dienstleistungen (insbesondere auf dem Bausektor), als auch ein Lieferland für Energie. Beim Besuch von Ministerpräsident Erdogan in Bagdad im Juli 2008 wurde ein Abkommen zur Steigerung der Kapazität der Pipeline Kirkuk-Yumurtalik geschlossen. Die Leitung von Kirkuk nach Ceyhan, welche seit Beginn der 90er-Jahre unterbro-

chen war, transportiert seit Anfang 2009 wieder irakisches Öl durch relativ sicheres Gebiet. Daneben bestehen Pläne für eine parallel zu dieser Pipeline laufende Leitung, welche irakisches Gas in das türkische Netz einspeisen soll (was auch dem Nabucco-Projekt zugutekommen könnte). Türkische Erdölfirmer erwerben überdies die Lizenz, im Irak Öl zu fördern und einen Teil hiervon in die Türkei zu exportieren. Die türkische Fluglinie Turkish Airways unterhält eine Verbindung von Istanbul nach Bagdad und nach Arbil im Nord-Irak. Iraqi Airways führt ebenfalls Flüge in die Türkei durch. Im Herbst 2009 wurde die seit 1980 unterbrochene Bahnverbindung zwischen der Türkei und dem Nord-Irak (über syrisches Gebiet) wieder aufgenommen. Türkische Banken haben Branchen im Irak eröffnet.

Die nachstehenden Zahlen veranschaulichen die Steigerung des gegenseitigen Handelsverkehrs:

Jahr	Türkische Exporte	Türkische Importe
2003	\$ 829 058	\$ 112 601
2006	\$ 2 589 352	\$ 375 937
2008	\$ 3 916 685	\$ 1 320 923
2009	\$ 5 123 406	\$ 952 626
2010	\$ 6 042 790	\$ 1 354 510

Die wichtigsten türkischen Exportpositionen sind (2009) Produkte aus Eisen und Stahl, Getreideprodukte, Zement, Nahrungsmittel und Textilien. Der Irak führt vor allem Erdöl, Edelmetalle, Agrarprodukte und Chemikalien aus.

Insgesamt ist der Irak – trotz des noch immer schwierigen Grenzübertrittes (Überlastung der Grenzstationen) – der viertgrößte Handelspartner der Türkei. Die Kurdische Regionalautonomie (siehe unten) wäre im Falle ihrer Unabhängigkeit unter den zehn wichtigsten Handelspartnern und für sie steht die Türkei in den Handelsbeziehungen an erster Stelle. Per September 2009 unterhielten über 500 türkische Firmen Investitionen im Irak und zählen dort teilweise zu den größten Investoren im Lan-

de, vor allem bei Infrastrukturprojekten wie dem Bau von Strassen und Brücken.

Die Kurdenfrage

Die Kurdenfrage war in der Vergangenheit in politischer Hinsicht ein Zentralthema im türkisch-irakischen Verhältnis und stellt in diesem – unabhängig vom stark gestiegenen Stellenwert der Wirtschaftsfragen – auch weiterhin einen ganz wesentlichen Punkt dar. Hierbei herrscht eine gewisse Interdependenz mit der Kurdenproblematik in der Türkei selbst, die hier jedoch nicht Gegenstand dieser Ausführungen sein soll. Ein Punkt höchster Relevanz für die Türkei ist naturgemäß die Präsenz der PKK im Nord-Irak. Diese nahm 2004 nach einigen Jahren des Abflauens und begünstigt durch den Sturz Saddam Husseins und die instabilen Verhältnisse im Irak ihre Terrortätigkeit wieder auf. Seitens Ankaras wurde den USA immer wieder vorgeworfen, zu wenig gegen die PKK im Norden zu unternehmen bzw. dazu nicht wirklich willens zu sein. Nach einer Reihe von Terrorakten erteilte das türkische Parlament der Regierung die Genehmigung zu einer Militäraktion im Nord-Irak. Ein PKK-Angriff im November 2007 mit 13 türkischen Toten war Auslöser für den Beginn einer stärkeren Kooperation Washingtons mit Ankara zur Bekämpfung des Terrors. Präsident Bush bezeichnete bei einem Besuch Erdogans in den USA die PKK als gemeinsamen Feind und sagte die Bereitstellung von US-Intelligence für die türkischen Behörden zu. Ab Ende November 2007 kam es zu kleineren türkischen Bodenoperationen im Nord-Irak sowie einer Reihe von Lufteinsätzen. Die Regierung in Bagdad protestierte zwar, es ist aber bezeichnend, dass Präsident Talabani kurz danach Ankara besuchte. Die türkischen Militäroperationen hielten bis Februar 2008 an. Die fortdauernde Präsenz der PKK im Norden bildet jedoch ein Problem zwischen der Türkei und der kurdischen regionalen Autonomiebehörde (Kurdish Regional Government – KRG, siehe nachstehend), welche bisher nicht bereit war, entscheidend gegen die Terrororganisation vorzugehen.

Nunmehr gutes Verhältnis zur kurdischen Regionalregierung im Nord-Irak

Politisch sah sich Ankara in der Folge des Krieges 2003 vor der Situation, dass die föderative Staatsstruktur des Irak die kurdische Forderung nach autonomer Verwaltung gleichsam legitimierte. Im Sinne einer strikten Ablehnung dieser Selbstverwaltung vermied die Türkei anfangs Kontakte zur kurdischen Regionalregierung, um dieser nicht Legitimität zu verleihen. Sie stand damit im Gegensatz zur US-Politik, welche von Anfang an für eine starke kurdische Verwaltung eingetreten war. Ankara modifizierte in der Folge jedoch seine Haltung und akzeptierte das föderale System im Irak, unter Beibehaltung der Totalopposition gegen eine Teilung des Landes. Es kam zu sich intensivierenden Kontakten, welche im Oktober 2009 in einem Besuch von Außenminister Davutoglu in Arbil mündeten. 2010 wurde dort ein türkisches Konsulat eröffnet, was das offene Eingeständnis der Anerkennung der KRG bedeutete, eine lange Zeit undenkbbare Vorstellung. Gleiches gilt für die Reise des Präsidenten der KRG Barzani nach Ankara im Juli 2010. Bisheriger politischer Höhepunkt der Kontakte war der erstmalige Besuch von Ministerpräsident Erdogan in Arbil (nach seinem Aufenthalt in Bagdad, siehe oben) im März 2011. Er traf hiebei mit Barzani und dem Ministerpräsidenten der KRG Saleh zusammen (letzterer sprach davon, dass die Türken und Kurden „Brüder“ seien). Während des Besuches wurden auch die neuen Räumlichkeiten des Konsulates und der neue Flughafen eröffnet, beide errichtet durch türkische Baufirmen.

Ankara hat erkannt, dass eine Eliminierung der PKK – ein Hauptanliegen der Türkei im Irak – ohne Mithilfe der kurdischen Regionalregierung nicht möglich ist. Außerdem wurden Kontakte zu dieser als kommerziell vielversprechend erachtet. Für die KRG ist auf der anderen Seite die Türkei ein wichtiger Wirtschaftspartner und quasi ein Tor zum Westen. Es besteht ein starkes türkisches Engagement, besonders auf dem Bau- und Kommunikationssektor. 80% der ausländischen Investitionen sowie ein ebenso hoher Prozentsatz der im Nord-Irak verkauften Waren kommen aus der Türkei. 70% der seitens der Region vergebenen Aufträge gehen an türkische Firmen. Die Strategie Ankaras läuft offen-

sichtlich darauf hinaus, türkische Unternehmen zu Kontakten mit dem Nord-Irak zu ermutigen, um die dortige Wirtschaft eng an jene der Türkei zu binden und dem Verhältnis letztlich eine politische Dimension zu verleihen sowie die Rolle der Türkei zu stärken. Das Verhältnis zur KRG ist ein gutes Beispiel der Desecuritization der türkischen Außenpolitik.

Das Problem Kirkuk

Ein ungelöstes Problem im Verhältnis der KRG sowohl zu Ankara, als auch zur Zentralregierung in Bagdad bleibt die Frage von Kirkuk. Die KRG fordert die Eingliederung der sowohl von Arabern als auch von Kurden und Turkmenen bewohnten Region in ihr Autonomiegebiet, was auf Grund des dortigen Erdölreichtums die wirtschaftliche Basis für eine allfällige Unabhängigkeitserklärung bieten würde und zu einer solchen führen könnte. Dies wird seitens der Türkei strikte abgelehnt, welche für eine feste Kontrolle der irakischen Regierung über die Ölreserven eintritt. Gemäß der irakischen Verfassung sollte Ende 2007 ein Referendum zur Bestimmung des künftigen Status von Kirkuk stattfinden. Ein solches wurde jedoch nicht abgehalten. Im Mai 2009 empfahl ein Bericht der UN dessen Verschiebung um fünf Jahre zwecks Ausarbeitung eines Kompromisses zwischen den dort lebenden Volksgruppen. Dieser Aufschub wurde türkischerseits begrüßt, seitens Präsident Talabani jedoch abgelehnt. Der Präsident der KRG gab seiner Enttäuschung Ausdruck, in dieser Frage keine Unterstützung durch die USA erhalten zu haben. Eine mögliche Lösung könnte ein Spezialstatus für die Region sein.

Die Verbesserung der Beziehungen der Türkei zu den Kurden im Nord-Irak führte auch zu einer Haltungsänderung Ankaras in der oberwähnten Turkmenenfrage. Nach dem Sturz von Saddam Hussein konstituierte sich 2003 mit türkischer Hilfe die Iraqi Turkmen Front. Die Turkmenen sind jedoch als Volksgruppe gespalten und in Ankara registrierte man im Laufe der Zeit, dass nur ein Teil von ihnen die Türkei als Protektor wünscht. Überdies sind 50% der Turkmenen Schiiten und neigen den politischen Parteien dieser Religionsgruppe zu. Die Iraqi Turkmen Front

erzielte bei den Parlamentswahlen 2010 nur 1% der Stimmen und die Turkmenenfrage wird seitens Ankaras kaum mehr aktualisiert.

Innerhalb des Irak ist der türkische Einfluss im Norden am weitaus größten. In Bagdad besteht diesbezüglich durch die Nachbarschaft des Iran (Schiiten!) und der US-Präsenz große Konkurrenz. Für die irakischen Kurden sind die Kontakte zur Türkei die Basis einer Art auch internationaler Legitimität ihrer Regionalautonomie und wirtschaftlicher Unterstützung. Die Türkei stellt als NATO-Staat und EU-Kandidat eine Brücke zum Westen dar und ist in gewisser Weise ein politisch und wirtschaftlich attraktiverer Partner als die Zentralregierung in Bagdad. Negative Entwicklungen in der Kurdenfrage in der Türkei selbst würden allerdings vermutlich entsprechende Auswirkungen auf das derzeit gute Verhältnis zwischen Ankara und der KRG haben.

Generell sind für die Türkei im Irak die roten Linien dessen territoriale Integrität (eine Aufsplitterung würde nach Ansicht Ankaras die Stabilität der ganzen Region gefährden), die Verhinderung eines – von der KRG allerdings nicht offen geforderten – Kurdenstaates und in diesem Zusammenhang die oberwähnte Frage Kirkuk. Für die Regierung in Bagdad bietet die Türkei zwischen der derzeit noch fortdauernden US-Präsenz und dem iranischen Einfluss gleichsam eine interessante Alternative.

Iran – zwischen guter Nachbarschaft und der Bündnistreue zum Westen

Das Verhältnis zwischen dem Osmanischen Reich und den Safaviden-Herrschern im Iran war durch Jahrhunderte von geopolitischer regionaler Rivalität geprägt. Hiezu kam der Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten. Die Beziehungen blieben nach Festlegung der Grenze durch den Vertrag von Qasr-i Shirin 1639 jedoch im Wesentlichen friedlich.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sowohl die kemalistischen Regierungen als auch der Shah westlich ausgerichtet und Verbündete der USA.

Schwieriges Verhältnis nach 1979

Nach der Revolution im Iran 1979 – das neue Regime wurde wenige Tage nach dem Sieg seitens Ankaras anerkannt – vertraten die beiden Staaten diametral entgegengesetzte Ideologien: die Türkei als säkularer Staat und Verbündeter Washingtons, der Iran als theokratisch und revolutionär ausgerichtetes Land sowie in Gegnerschaft zu den USA. Der Iran war gleichsam über Nacht vom Partner des Westens zum Feind Washingtons geworden. Dies bedeutete eine völlig verschiedene außenpolitische Orientierung der beiden Nachbarn.

In der Folge sah man seitens der kemalistischen Elite in der Türkei die iranischen Bestrebungen des Exportes der islamischen Revolution und den Versuch der Unterminierung des Säkularismus als existentielle Bedrohung für das eigene politische System an. Ein weiteres schweres Problem waren die türkischen Anschuldigungen an Teheran, die PKK zu unterstützen und gegen die Türkei gerichtete Aktionen von iranischem Territorium aus zu gestatten.

Während des Krieges Iran-Irak 1980 bis 1988 blieb die Türkei neutral, in Teheran wuchs – auch angesichts der eigenen Isolation – das Interesse an wirtschaftlichen Kontakten zur Türkei. Letztere profitierte während des Krieges von erhöhten Exporten sowohl in den Iran als auch in den Irak.

Nach 1990 waren die Türkei und der Iran Rivalen um den Einfluss in Zentralasien. Die Türkei präsentierte sich als Demokratie mit marktwirtschaftlichem System, der Iran als religiöser und wirtschaftlicher Faktor.

In den 90er-Jahren war das Verhältnis der beiden Staaten grundsätzlich von Zyklen diplomatischer Krisen, einschließlich der Einberufung von Botschaftern, und Perioden pragmatischer Beziehungen gekennzeichnet. Zu einer Phase der Annäherung kam es während der Regierungszeit des islamistisch ausgerichteten türkischen Ministerpräsidenten Erbakan. Dieser absolvierte seinen ersten Auslandsbesuch nach Amtsantritt im August 1996 in Teheran. Hierbei wurde ein Abkommen über Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet unterzeichnet, im Dezember 1996 folgte

der Abschluss einer Reihe weiterer bilateraler Verträge. Erbakans Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor wurde durch das türkische Militär gestoppt, welches den Ministerpräsidenten im Juni 1997 auch zum Rücktritt zwang. Erbakans Regierungszeit war zu kurz, um eine entscheidende Verbesserung des Verhältnisses zu erreichen.

1996 hatte ein PKK-Angriff von iranischem Territorium aus eine schwere Krise in den bilateralen Beziehungen gebracht. Den Tiefpunkt erreichte das Verhältnis, als 1997 der iranische Botschafter in Ankara Baqeri in einer Rede zur Einführung der Scharia in der Türkei aufrief und den Säkularismus kritisierte. Er wurde zum Verlassen des Landes aufgefordert, was wiederum zur Erklärung des türkischen Botschafters in Teheran zur persona non grata führte. Erst sechs Monate später wurden die Beziehungen auf Botschafterniveau wieder hergestellt.

Ab 1999 kam es zu einer Besserung des Verhältnisses durch eine verminderte Unterstützung Teherans für die PKK und die größere iranische Bereitschaft, die Grenze zwecks Vermeidung von Einsickern von Terroristen auf türkisches Gebiet besser zu kontrollieren. Der Iran hatte offenbar die Gefahr des kurdischen Nationalismus auch für die eigene Sicherheit erkannt. 2001 versprach man, die Unterstützung für die PKK völlig einzustellen.

Verbesserung der Beziehungen nach Regierungsantritt der AKP

Der Besuch von Präsident Sezer, eines Erzkemalisten, in Teheran 2001 war bereits deutliches Zeichen für das geänderte Klima zwischen den beiden Nachbarn. Die entscheidende Wende brachte der Wahlsieg der AKP im November 2002, welche allerdings nicht sofort zum Tragen kam, da die neue Regierung in den ersten Jahren der EU-Frage absolute Priorität beimaß. Allerdings entkrampfte sich das Verhältnis deutlich, nicht zuletzt durch die relativ gemäßigte Linie des damaligen Präsidenten Khatami. Bisherige Klischees betreffend den Iran wurden abgelöst, und man begann in Ankara diesen nicht länger als Bedrohung von außen

und Quelle der Gefahr islamistischer Umtriebe zu sehen. Die Feststellung gegenseitig paralleler Interessen trat in den Vordergrund.

Der Sturz Saddam Husseins 2003 brachte eine Konvergenz der Prioritäten hinsichtlich der Erhaltung der territorialen Integrität des Irak und der Verhinderung eines Kurdenstaates. Eine Genehmigung des Durchmarsches von US-Truppen durch die Türkei zwecks Eröffnung einer Nordfront gegen den Irak, welche durch das türkische Parlament am 1. März 2003 verweigert wurde (siehe hierzu im Kapitel Irak) hätte übrigens wohl eine schwere Beeinträchtigung der verbesserten Kontakte gebracht.

Im Juli 2004 besuchte Ministerpräsident Erdogan Teheran, wobei eine Reihe wirtschaftlicher Abkommen sowie auch eines über die Zusammenarbeit auf dem Sicherheitssektor zur Bekämpfung der beiderseits als Terrororganisation eingestuft und vom Nord-Irak aus operierenden PKK und der gegen die Regierung in Teheran kämpfenden PJAK (Partei für ein freies Kurdistan) abgeschlossen wurden. Zu letzterem Punkt wäre allerdings festzuhalten, dass für den Iran (mit ca. 5 Millionen Kurden, d.h. ca. 14% der Bevölkerung) der Kurdenfrage grundsätzlich weniger Priorität zukommt als für die Türkei.

Der im August 2004 erfolgte Test einer Shahab-3-Rakete mit 200 km Reichweite, was also auch das türkischen Staatsgebiet einschließt, durch das Regime in Teheran rief in Ankara nur schwache Reaktion hervor. Dort betrachtete man die Gefahr eines Angriffes aus dem Iran als gering, sofern nicht die Türkei ihr Territorium für Angriffe gegen den Iran, etwa seitens der USA zur Verfügung stellt.

Starke Entwicklung der Kontakte ab 2005

In den folgenden Jahren intensivierten sich die Kontakte. 2005 wurden Abkommen über Investitionsschutz, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sowie zur Förderung des gegenseitigen Tourismus unterzeichnet. 2006 erfolgte bei einem weiteren Besuch Erdogans in Teheran der Abschluss eines Abkommens über Zusammenarbeit auf dem Energiesektor. Präsident Ahmadinejad reiste seinerseits im August 2008 nach Istanbul,

was seinen ersten Besuch in einem NATO-Staat und einem EU-Kandidatenland darstellte. 2009 besuchte Erdogan erneut Teheran, bei welcher Gelegenheit eine Reihe weiterer Verträge geschlossen wurde. Er bezeichnete bei diesem Aufenthalt den iranischen Präsidenten als „seinen Freund“, was zu heftigen Reaktionen in den USA, Israel und teilweise Westeuropa führte. Erdogan war ferner 2009 der offenbar erste Staatsmann, welcher Ahmadinejad zu seiner – bekanntlich unter dubiosen Bedingungen stattgefundenen – Wiederwahl gratulierte. Im Oktober desselben Jahres folgte ein weiterer Aufenthalt des türkischen Regierungschefs in Teheran. Im September 2010 reiste der iranische Ministerpräsident Rahimi nach Ankara. Während dieser Jahre gab es auch einen regen Besuchsaustausch auf Ebene der Außenminister, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Frage des iranischen Nuklearprogramms – siehe hierzu nachstehend.

Als in vielen westlichen Kreisen besonders provokant empfunden wurde der Besuch von Präsident Ahmadinejad in Ankara am 8. Juni 2010, also just am Vortag der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über verschärfte Sanktionen gegen den Iran im Zusammenhang mit der Atomfrage (Ankara stimmte damals bekanntlich mit Nein – siehe hierzu wiederum unten). Auf höchster Ebene zuletzt reiste Präsident Gül im Februar 2011 nach Teheran, wobei er von einer Delegation von über 100 Wirtschaftsleuten begleitet wurde. Bei dieser Gelegenheit forderte er übrigens, dass die Regierungen im Nahen Osten auf die Forderungen des Volkes nach Transformation hören sollten (siehe Abschnitt 1) – angesichts in diese Richtung gehender Demonstrationen im Iran eine beachtliche, da gerade in Teheran gemachte Aussage.

Im November 2010 stimmte die Türkei dem geplanten neuen NATO-Raketenschirm (Details hierzu dürfen unterbleiben) nur unter der Bedingung zu, dass der Iran nicht als potentiell Abschussland feindlicher Raketen genannt werde.

Enge Zusammenarbeit besteht auf dem Energiesektor. Der Iran ist für Ankara mit 17% nach der Russischen Föderation der zweiwichtigste Energielieferant. 2007 kam es zu einer Krise in den Beziehungen, als der Iran erklärte, wegen Eigenbedarfes für seine Industrie der Verpflichtung

aus einem Vertrag aus dem Jahre 1996 zur Lieferung von jährlich 10 Mrd.m³ Erdgas auf 25 Jahre nicht nachkommen zu können (es war auch in davor immer wieder wegen Meinungsverschiedenheiten über Preise und auf Grund technischer Störungen zu Unterbrechungen des Gasimportes aus dem Iran gekommen). Die Differenzen konnten in der Folge bereinigt werden. Ebenfalls 2007 wurde – neben einem Vertrag über eine Modernisierung der die beiden Nachbarn verbindenden Stromleitung – ein Memorandum of Understanding betreffend die Erschließung des Gasfeldes South Pars durch türkische Firmen und den Bau einer Ölraffinerie unterzeichnet. Es ist jedoch derzeit unklar, wann diese Projekte verwirklicht werden. 2009 erklärte der türkische Energieminister Yildiz, dass Ankara auf dem Gassektor im Iran Investitionen von \$ 3,5 – 4 Mrd. tätigen werde und 50% des geförderten Gases direkt oder über Drittstaaten in die Türkei geliefert werden sollen (konkrete Angaben über die bisherige Realisierung sind nicht bekannt geworden). Die engen Energiebeziehungen mit dem Iran stellen zwar ein Unterlaufen des von den USA verabschiedeten Iran Sanctions Act dar, doch vertritt man in Ankara den Standpunkt, dass Energieabkommen mit Teheran nicht von der Zustimmung anderer Staaten (sprich den USA) abhängig sein dürfen.

Der Wirtschaftssektor

Ein Blick auf die Wirtschaftszahlen macht die sehr starke Entwicklung der Handelsbeziehungen deutlich:

Jahr	Türkische Exporte	Türkische Importe
2003	\$ 533 768	\$ 1 860 683
2006	\$ 1 066 902	\$ 5 626 610
2008	\$ 2 029 760	\$ 8 199 689
2009	\$ 2 024 546	\$ 3 405 986
2010	\$ 3 042 957	\$ 7 644 782

Die wichtigsten türkischen Ausfuhrwaren waren (2009) Holzprodukte, Eisen- und Stahlwaren, Maschinenteile und Tabakwaren. Der Iran lieferte vor allem Erdöl, Gas und Metalle.

Die Übersicht zeigt, dass die türkischen Exporte in den Iran zwischen 2003 und 2010 um über 600% zugenommen haben, entgegen den US-Bestrebungen, Teheran wirtschaftlich zu isolieren.

Das bilaterale Handelsvolumen soll von ca. \$ 10 Mrd. 2010 in den nächsten Jahren auf \$ 30 Mrd. erhöht werden. Im Februar 2011 fand das 23. Treffen der Gemischten Wirtschaftskommission statt. Ca. 1,4 Millionen iranischer Touristen besuchen jährlich die Türkei, die höchste Anzahl aus den Nahost-Staaten.

Insgesamt sind die vor 20 Jahren noch eher schlechten und wenig entwickelten Beziehungen heute von guter Nachbarschaft, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und Zusammenarbeit auf dem Wirtschafts- und Sicherheitssektor gekennzeichnet. Laut einer jüngsten Umfrage wird der Iran nur von 1% der türkischen Bevölkerung als Bedrohung empfunden. Positiv auf das Verhältnis haben sich die Position Ankaras in der Nuklearfrage (siehe nachstehend), die türkische Haltung gegenüber den Palästinensern und die Verschlechterung der Beziehun-

gen der Regierung Erdogan zu Israel ausgewirkt. Für die Türkei ist der Iran ein großer Exportmarkt, ein wichtiger Energielieferant und ein Transportweg nach Zentralasien. Für Teheran bietet die Türkei eine Möglichkeit, seine internationale Isolation zu verringern. Die engen Wirtschaftsbeziehungen haben für den Iran also auch eine politische Dimension, zudem stellt die Türkei eine Transitroute in Richtung Westen dar.

Die Türkei und das iranische Nuklearprogramm

Einen Sonderpunkt in den bilateralen Beziehungen stellt die Frage des iranischen Nuklearprogramms dar. Ankara befürwortet zwar das Recht Teherans auf friedliche Atomnutzung, ein atomar bewaffneter Iran wird jedoch als Bedrohung für die regionale Stabilität und Unterminierung der globalen Non Proliferation angesehen (in diesem Punkt decken sich also die türkischen Interessen mit jenen des Westens, die Differenzen beziehen sich auf die Methode, eine solche Entwicklung zu verhindern). Eine in diesem Zusammenhang allfällige bewaffnete Konfrontation zwischen dem Iran und den USA oder Israel würde nach Ansicht Ankaras eine regionale Destabilisierung bringen und auch die angestrebte größere Rolle der Türkei in ihrer östlichen Nachbarschaft beeinträchtigen.

Das iranische Atomprogramm wurde 2002 entdeckt, war jedoch bis 2005 kein Thema in den Kontakten zwischen den beiden Nachbarn, da Ankara offenbar die Beziehungen nicht belasten wollte – eine Haltung, die durch das türkische Militär kritisiert wurde. Die Türkei nahm eine abwartende Position ein, in der Hoffnung auf Lösung des Konfliktes auf dem Verhandlungsweg. 2006 wurde dieser Standpunkt aufgegeben. Beim Besuch des damaligen Sekretärs des iranischen Nationalen Sicherheitsrates Larijani in Ankara wurde türkischerseits erklärt, man trete für das Recht des Iran auf friedliche Nutzung von Atomenergie ein, die negative Haltung Teherans gegenüber der IAEA und dem UN-Sicherheitsrat sei jedoch nicht im iranischen Interesse. Anlässlich eines Aufenthaltes von Außenminister Gül in Washington wurde u. a. auch die Iranfrage diskutiert. Über türkische Anregung reiste der Hohe EU-Repräsentant für die Außenpolitik Solana 2007 nach Ankara, um Larija-

ni dort einen Plan der 5+1-Gruppe (USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China und Deutschland) zu präsentieren, welche seit 2006 mit Teheran verhandelt hatte.

Ende 2008 deponierte die Türkei offiziell ihr Interesse an Vermittlung und sah sich als guten Kanal, dem Iran die westlichen Vorstellungen näherzubringen und gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Im Februar 2009 erklärte Ministerpräsident Erdogan, der Iran habe um Unterstützung ersucht, um die – insbesondere in der Ära George W. Bush verschärften – Differenzen mit der neuen Administration Obama zu bereinigen. Allerdings verneinte in der Folge Präsident Ahmadinejad die Notwendigkeit eines türkischen Tätigwerdens. Den türkischen Bemühungen um Vermittlung – abgesehen vom generellen Wunsch nach derartiger Aktivität, siehe Abschnitt 1 – basierten auf dem nationalen Interesse, die Beziehungen zu beiden Seiten auszubalancieren, um so ein Auseinanderklaffen der Bündnistreue zum Westen und der guten bilateralen Beziehungen zu Iran hintanzuhalten und eine Eskalation in der Region bzw. eine Krise wie nach der US-Intervention im Irak 2003 zu vermeiden. Es muss hierbei bedacht werden, dass die Frage zu einem Zeitpunkt aktualisiert wurde, als die Türkei bestrebt war, das nach 2003 belastete Verhältnis zu Washington (siehe im Kapitel Irak) zu verbessern.

Beim Besuch von Ministerpräsident Erdogan in den USA versuchte dieser, den Streit zu entschärfen. Eine intensive Aktivität der Türkei setzte in der Folge nach dem Scheitern der Verhandlungen über den Atom-Swap (den Austausch gering angereicherten iranischen Urans gegen eine kleinere Menge hoch angereicherten aus dem Westen) im Oktober 2009 bei der IAEA in Wien und im Dezember 2009 in Genf ein. Die Regierung in Ankara versuchte in einer Shuttle-Diplomatie zwischen Teheran, Washington und der IAEA, einen Kompromiss zu erreichen und bot ihr Territorium – welches schon 2009 von IAEA-Generaldirektor El Baradei als möglicher Ort hierfür genannt worden war – für den Atom-Swap an, sollte dies von allen Parteien gewünscht werden. Außenminister Davutoglu reiste in diesem Zusammenhang innerhalb eines Jahres sieben Mal nach Teheran und unterhielt zahlreiche persönliche und telefonische Kontakte mit Außenminister Mottaki und anderen iranischen Vertretern.

Ministerpräsident Erdogan erklärte im März 2010 in einem BBC-Interview, er glaube an die lediglich friedlichen Atom-Ambitionen des Iran. Er kritisierte wiederholt auch, dass in der Nuklearfrage betreffend den Iran und Israel mit zweierlei Maß gemessen werde und auch letzteres sein atomares Programm für internationale Inspektoren öffnen müsse.

Ablehnung von Sanktionen gegen den Iran

UN-Sanktionen gegen den Iran wurden in Ankara von allem Anfang an grundsätzlich nicht befürwortet. So stimmte die Türkei 2009 in der IAEA gegen solche. Ministerpräsident Erdogan bekräftigte dies im April 2010 in Washington erneut gegenüber Präsident Obama. Die Türkei vertrat (und vertritt immer noch) den Standpunkt, Strafmaßnahmen würden keinen Effekt erzielen und die Isolation den Iran nur noch radikaler machen. Nur der Dialog könne zum Erfolg führen. Außenminister Davutoglu erläuterte im April 2010 in einer Pressekonferenz in Washington die vier Hauptgründe warum Ankara gegen die Verhängung von Strafmaßnahmen sei:

Der Iran sei der zweitwichtigste Erdgaslieferant und die Türkei könne sich eine Unterbrechung dieser Beziehungen nicht leisten.

Die Bevölkerung der Türkei und des Iran hätten eine historische und kulturelle Verbundenheit und Sanktionen würden das iranische Volk treffen.

Der Iran sei ein wichtiger regionaler Player und seine Mitarbeit bei der Lösung von Konflikten, wie im Irak oder Afghanistan sei notwendig.

Die Türkei habe durch die US-Strafmaßnahmen gegen den Irak nach 1990 schweren Schaden erlitten, insbesondere in der wenig entwickelten Südost-Region, und diese Instabilität hätte die PKK begünstigt.

Bemerkt wird, dass nach Verhängung weiterer Sanktionen gegen Teheran durch den UN-Sicherheitsrat im Juni 2010 (siehe nachstehend) die Türkei zwar diese befolgt, sich jedoch darüber hinausgehenden, von der EU und den USA verhängten, nicht angeschlossen hat. Ankara befindet sich in dieser Frage in dem bereits obgenannten Dilemma zwischen dem

Bestreben nach guten Beziehungen zum Iran und der Loyalität gegenüber den USA.

Die Erklärung von Teheran

Den türkischen Bemühungen, den Iran zu einer Modifizierung seiner Haltung zu bewegen, war im Mai 2010 ein, allerdings nur kurzfristiger, Teilerfolg beschieden. Am 17. 5. unterzeichneten die Außenminister Davutoglu und Mottaki sowie deren brasilianischer Amtskollege Amorim (Brasilia hatte ebenfalls versucht, zu vermitteln) eine Teheraner Erklärung, welche die Deponierung von 1 200 kg schwach angereicherten iranischen Urans in der Türkei im Austausch zu 120 kg 20% angereicherten Materials aus dem Westen vorsah. Die Teheraner Erklärung wurde jedoch in der Folge durch die 5+1-Gruppe als unzureichend abgelehnt, worauf am 9. Juni 2010 der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1929 betreffend zusätzliche Sanktionen gegen den Iran verabschiedete. In Entsprechung ihrer in der Sache bisher eingenommenen Haltung sowie im Bestreben, ihre Glaubwürdigkeit als Vermittler nicht zu verlieren, stimmte die Türkei gegen den Beschluss, was ihr scharfe Kritik in den USA und in der EU eintrug und Zweifel an der Treue Ankaras zum westlichen Bündnis laut werden ließ. In diesem Zusammenhang erklärte die Türkei auch, dass ihr Territorium oder ihr Luftraum für eine allfällige Militäraktion gegen den Iran nicht zur Verfügung stünden.

Ungeachtet dieses Misserfolges setzte Ankara danach seine Bemühungen um eine Lösung fort. Im Juli 2010 äußerten die Außenminister der Türkei, des Iran und Brasiliens ihr Interesse an weiteren Verhandlungen. Dies führte im Jänner 2011 in Istanbul zu neuen Gesprächen zwischen Vertretern des Iran und der 5+1-Gruppe. Trotz mehrfacher Versuche seitens Außenminister Davutoglus, ein Scheitern zu verhindern, blieben diese aber ohne positives Ergebnis. Der Iran beharrte auf einem Ende der Sanktionen und seinem Recht auf Urananreicherung. Es wurde auch kein Datum für eine neue Verhandlungsrunde angesetzt. Für Ankara blieb der angestrebte zumindest teilweise Erfolg, seine Position als Vermittler zu stärken, somit aus. Vor den Gesprächen suchte man türkischerseits übrigens offenbar, leichten Druck auf Teheran hinsichtlich einer kompro-

missbereiteren Haltung auszuüben: Man erklärte, es sei noch nicht entschieden, ob Präsident Gül im Februar 2011 in den Iran reisen werde (der Besuch fand letztlich doch statt – siehe oben).

In der Folge äußerte der Iran nichtsdestoweniger mehrfach erneut den Wunsch nach Fortsetzung der Verhandlungen, so auch bei einem Dreier-treffen zwischen dem neuen Außenminister Salehi, dem russischen Außenminister Lavrow und der EU-Außenbeauftragten Ashton am Rande einer Tagung des UN-Menschenrechtsrates im Februar 2011 in Genf. Präsident Gül erklärte bei seinem Teheraner Besuch (siehe oben), die Türkei und der Iran wollten einen gemeinsamen Fahrplan zwecks Wiederaufnahme der Gespräche ausarbeiten.

Insgesamt ist die Türkei auch in der Nuklearfrage bestrebt, ein Gleichgewicht zwischen einer gewissen Rücksichtnahme auf die Iranpolitik der USA und guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum stärksten und bevölkerungsreichsten Nachbarn im Nahen Osten zu halten. Es ist zu erwarten, dass Ankara seine Bemühungen um eine allseits akzeptable Lösung auch weiter fortsetzen wird. Die EU hat im April 2011 dem Iran neue Verhandlungen vorgeschlagen, was seitens Teherans im Prinzip akzeptiert wurde. Diese werden vermutlich wiederum in der Türkei stattfinden. Ein hochrangiger Vertreter der IAEA äußerte sich in einem Gespräch betreffend die Erfolgchancen skeptisch.

Libanon – Beiträge zu Stabilität

Die Beziehungen der Türkei zum Libanon begannen sich erst langsam zu entwickeln (allerdings hatte Ministerpräsident Rafik Hariri 1993 und 1994 die Türkei besucht). Dies war – neben dem de facto Abseitsstehen der kemalistischen Regierungen vom Nahost-Geschehen (siehe Abschnitt 1) – vor allem darauf zurückzuführen, dass man in Ankara das Land unter Dominanz seitens Syriens erachtete, dessen Militärpräsenz durch das Taif-Abkommen nach dem Bürgerkrieg 1989 legitimiert worden war. Außerdem war man sich türkischerseits auch des großen Einflusses Israels nach seiner Invasion des Südlibanon bis zu dessen einseitigem Rückzug bewusst. Unter diesen Umständen sah man keine Mög-

lichkeit, auf die Ereignisse im Libanon Einfluss nehmen zu können. Die gespannten Beziehungen zu Syrien bis 1998 waren ein zusätzlicher Faktor für das geringe Interesse am Libanon, ausgenommen für den Umstand, dass sich in der Bekaa-Ebene mit der Billigung durch Damaskus Lager der PKK befanden. Die Aussöhnung mit Syrien brachte u.a. auch deren Auflösung (siehe hierzu im entsprechenden Kapitel).

Nach dem Regierungsantritt der AKP kam ein gewisses Momentum in das Verhältnis, da man in Ankara erkannte, dass die Instabilität im Libanon auch der eigenen Sicherheit abträglich sei. Die Beziehungen blieben vorerst jedoch nur mäßig entwickelt. 2004 wurden ein Luftverkehrsabkommen sowie solche über Investitionsschutz und Vermeidung der Doppelbesteuerung abgeschlossen. Ebenfalls 2004 besuchte Gül als erster türkischer Außenminister seit 25 Jahren Beirut und der libanesische Ministerpräsident Rafik Hariri reiste nach Ankara. Nach der Ermordung Hariris 2005 führte die Verbesserung der Beziehungen letztlich auch dazu, dass die Türkei in dieser Angelegenheit eine gewisse Rolle übernahm und maßgeblichen Einfluss darauf hatte, dass Syrien sich bereit erklärte, bei der Aufklärung des Mordes mitzuarbeiten sowie in der Folge auch verdächtige Personen an den UN-Staatsanwalt übergab (siehe hierzu auch im Kapitel Syrien). Wie erinnerlich hatte der Mord an Hariri auch zum syrischen Rückzug aus dem Libanon im April 2005 geführt, wobei allerdings nicht bekannt ist, ob bzw. inwieweit die Türkei hierbei eine Rolle spielte. Nach der Aussöhnung zwischen Ankara und Damaskus hatten schon 1998 gewisse libanesische Kreise die Türkei für potentiell befähigt gehalten, auf Syrien auch in den Libanon betreffenden Fragen Einfluss zu nehmen.

Die türkische Beteiligung an UNIFIL II ab 2006

Der entscheidende Durchbruch in den Beziehungen kam mit dem Libanon-Krieg 2006 und der türkischen Beteiligung an UNIFIL II. Ministerpräsident Erdogan erklärte, die Türkei könne in der Libanon-Krise nicht schweigen, dies sei eine historische Verpflichtung. Er kritisierte hierbei auch die Invasion seitens Israels mit deutlichen Worten.

Nach Ausbruch der Kampfhandlungen zwischen Israel und der Hisbollah am 12. Juli 2006 und der folgenden Einigung auf einen Waffenstillstand (der allerdings erst am 14. August in Kraft trat) wurde mit der am 11. August 2006 verabschiedeten UN-Sicherheitsrat-Resolution 1701 das Mandat der UNIFIL erweitert und diese in eine bewaffnete UN-Mission auf Basis von Kapitel VII der UN-Charter umgewandelt (nunmehr UNIFIL II genannt). Das Mandat läuft derzeit bis 31. August 2011, eine Verlängerung ist zu erwarten.

Die türkische Regierung fasste in der Folge einen Beschluss, welcher nicht nur den in den Libanon zu entsendenden Truppen anderer Staaten die Benützung türkischer Flughäfen und Häfen gestattete, sondern auch die rechtliche Grundlage für die Beteiligung der Türkei an UNIFIL II schuf. Hierzu wäre zu bemerken, dass sich die Türkei in Entsprechung ihres Abseitsstehens vom Nahen Osten an UNIFIL I nicht beteiligt hatte. Der Regierungsbeschluss wurde am 5. September 2006 durch das türkische Parlament bestätigt, worauf eine Pionier-Einheit in den Libanon entsandt wurde, welche seit Oktober 2006 in der Nähe von Sur im Süden des Landes stationiert ist.

Für eine allfällige Bereitstellung von Truppen für UNIFIL II hatte Ankara drei Bedingungen gestellt: die Annahme einer entsprechenden UN-Resolution, keine Verwicklung der internationalen Truppen in Kampfeinsätze (einschließlich bei Entwaffnung der Hisbollah) sowie die Akzeptanz der türkischen Teilnahme seitens aller Konfliktparteien. Ministerpräsident Erdogan erklärte in einem Interview am 27. Juli 2006, die Türkei werde Teil einer Friedenstruppe nur nach Erreichung eines Waffenstillstandes sein. Am 14. August 2006 signalisierte die türkische Regierung, sie werde mit ihrer Entscheidung bis zur Klärung des Mandates der geplanten Friedenstruppe zuwarten. Nach einer Fact Finding-Mission von Außenminister Gül in den Libanon, nach Israel und Syrien sowie in die Palästinensergebiete verkündete der Sprecher der türkischen Regierung am 28. August 2006, dass man den prinzipiellen Beschluss zur Teilnahme gefasst habe.

Die Entsendung von Truppen in den Libanon stieß in der öffentlichen Meinung auf starken Widerstand, auch innerhalb der Regierungspartei

AKP. Von Zeitungen durchgeführte Meinungsumfragen ergaben 70-85% Ablehnung. Auch der damalige Präsident Sezer sprach sich gegen eine Teilnahme aus, es sei nicht Aufgabe der Türkei, die nationalen Interessen anderer Staaten zu schützen oder deren Sicherheitsprobleme zu lösen (es stellt dies ein Beispiel für die frühere, isolationistische und überwiegend türkeizentrierte Denkweise des kemalistischen Establishments dar).

Der Beschluss zur Teilnahme an einer Friedenstruppe unter Führung der UN kam offensichtlich nicht unter US-Druck zustande. In Washington wollte man – soweit bekannt – vielmehr, dass die Stabilisierungsaktion unter NATO-Führung stehen sollte, während man türkischerseits einer UN-Mission den Vorzug gab. Ankara sprach sich auch strikte gegen die Idee der USA aus, das Mandat von UNIFIL II solle nötigenfalls auch Kampfhandlungen gegen die Hisbollah miteinschließen. Die Libanon-Krise 2006 fiel übrigens auch mit dem Wiederaufflammen des PKK-Terrorismus an der türkisch-irakischen Grenze zusammen und die Türkei drohte mit einer Militäraktion innerhalb des irakischen Staatsgebietes. Mehrere türkische Regierungsvertreter kritisierten die USA, dass sie einerseits israelische Angriffe gegen die Hisbollah im Libanon zulasse, sich aber andererseits gegen ein türkisches militärisches Vorgehen gegen die PKK im Nord-Irak ausspreche.

Motive für die Teilnahme an UNIFIL II

Die Entscheidung Ankaras zur Teilnahme an UNIFIL II ist hauptsächlich wohl in dem Bestreben zu suchen, die Rolle der Türkei als Faktor im Nahen Osten zu stärken und zwar sowohl gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft, als auch im Verhältnis zu den Staaten der Region zu dokumentieren. Es war dies ein Ausfluss der modifizierten türkischen Außenpolitik, geprägt von Außenminister Davutoglu, und des stärkeren Engagements im Nahen Osten sowie des Interesses, als „neutrale“ Partei tätig zu sein. Die Financial Times bezeichnete in einem Artikel vom 7. September 2006 die türkische Entscheidung der Truppenentsendung als deutliches Zeichen der strategischen Absichten Ankaras. Unmittelbar nach dem einschlägigen Beschluss des türkischen Parla-

menten (siehe oben) erklärte Ministerpräsident Erdogan bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan, Ziel seien Frieden und permanente Stabilität im Nahen Osten. Die Türkei werde ihre historische und humanitäre Aufgabe in diesem Prozess wahrnehmen. Dies sei der Grund für die Entscheidung zur Truppenentsendung.

Ein weiterer Grund für die Teilnahme an der Mission liegt in den türkischen EU-Ambitionen. In UNIFIL II stellen Kontingente aus den EU-Staaten einen hohen Truppenanteil und eine Beteiligung der Türkei wurde in Ankara als gute Gelegenheit angesehen, die Kooperation in den Bemühungen der Union um eine Beilegung des Konfliktes im Libanon (sowie im Nahen Osten überhaupt) unter Beweis zu stellen, wie auch die türkische Unterstützung für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik zu unterstreichen. Außenminister Gül wies bei der Parlamentsdebatte über die UNIFIL-Beteiligung am 5. September 2006 darauf hin, dass in dieser Friedensmission mehr als die Hälfte der Verbände aus Staaten der EU und der NATO komme. Die Entscheidung der Regierung entspreche der These, dass die EU „mit einer Mitgliedschaft der Türkei zur Weltmacht werden würde“. Der damalige EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn erklärte, die Libanon-Krise habe die strategische Bedeutung der Türkei für die EU erneut demonstriert.

Das 2006 in den Libanon entsandte türkische UNIFIL-Kontingent betrug 237 Soldaten und 24 Zivilbeamte. Die Zahl war seither im Wesentlichen gleich geblieben, wurde in letzter Zeit aber angehoben. Die türkische Regierung hatte ursprünglich die Absicht, ein größeres Kontingent für UNIFIL II zur Verfügung zu stellen, das Militär sprach sich jedoch dagegen aus, da man von dessen Seite eine mögliche Konfrontation mit den Kurden und den Armeniern im Libanon befürchtete. Mit Stand April 2011 betrug die türkische Mannschaftsstärke 352.

Für die UNIFIL Maritime Task Force hat die Türkei vier Schiffe bereitgestellt: eine Fregatte (seit Oktober 2007), ein Versorgungsschiff (seit März 2008) sowie zwei Korvetten (seit April 2008).

Die türkische Tätigkeit im Rahmen von UNIFIL besteht im Wesentlichen in Pionier- und Bauarbeiten für die Tätigkeit der Mission. Darüber hinaus umfasst der Beitrag

- die Überwachung der libanesischen Küste,
- die Unterstützung anderer truppenstellender Staaten bei Luft- und Seetransporten, wobei Mersin an der türkischen Mittelmeerküste als Anlaufhafen dient,
- militärisches Training für die libanesischen Streitkräfte,
- humanitäre Aktivitäten.

Ausbau der Beziehungen als Konsequenz des militärischen Engagements

Die Ereignisse 2006 brachten eine deutliche Belebung der Beziehungen auf wirtschaftlichem, aber auch auf anderen Gebieten. Die politische Unterstützung durch Ankara während des Krieges wurde im Libanon sehr geschätzt. Außenminister Gül besuchte schon im August 2006 Beirut. Positiv aufgenommen wurde, insbesondere seitens der Schiiten, auch die humanitäre Hilfe nach den Zerstörungen durch die israelischen Bombardierungen in Form des Baus bzw. der Wiedererrichtung von Schulen und Krankenhäusern. Der türkische Rote Halbmond und türkische NGOs übernahmen die Verteilung von Hilfsgütern. Mit der Zurverfügungstellung von \$ 50 Mio. für internationale humanitäre Hilfsprogramme befand sich die Türkei unter den 15 großzügigsten Ländern. Befriedigung herrschte in Beirut auch über die mit den Kriegsereignissen verbundene Verschlechterung der Beziehungen Ankaras zu Israel. All dies trug zur Hebung des türkischen Ansehens im Libanon bei. Ministerpräsident Erdogan besuchte im Jänner 2007 Beirut, sein libanesischer Amtskollege Siniora reiste im Juni 2007 und im November 2008 nach Ankara.

In der innenpolitischen Krise im Libanon 2008 trat die Türkei vermittelnd auf den Plan und hielt Kontakt mit den Sunni-Gruppen und der Hisbollah. Manche Beobachter meinen, dass die politischen Fraktionen – welche im Falle der Sunniten seitens Saudi-Arabiens und im Falle der Hisbollah durch den Iran Unterstützung erhielten – offenbar die türki-

schen Aktivitäten angesichts der Äquidistanz Ankaras als positiv ausgleichend und frei von der Verfolgung eigener Ziele für wünschenswert erachteten. Die Türkei leistete ferner einen substantiellen Beitrag zur Versöhnungskonferenz von Doha zur Lösung der Differenzen zwischen dem libanesischen Präsidenten und der Regierung – letztlich wurde ein Einheitskabinett gebildet. Als Folge wurden Ministerpräsident Erdogan und der Emir von Qatar Al Thani als erste Politiker zur Angelobung von Präsident Suleiman nach Beirut eingeladen.

Präsident Suleiman reiste im April 2009 nach Ankara, wobei es sich um den ersten Auslandsbesuch nach seinem Amtsantritt und den ersten eines libanesischen Staatsoberhauptes in der Türkei nach 54 Jahren handelte, was ein klarer Hinweis auf die Qualität war, welche die Beziehungen erreicht hatten. Außenminister Davutoglu weilte 2009 in Beirut und betonte das türkische Interesse, Hilfestellung bei der Herstellung positiver Beziehungen zwischen dem Libanon und Syrien zu leisten. Die Türkei hat offenbar zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Oktober 2008, wie auch zum Zustandekommen des Besuches von Ministerpräsident Saad Hariri in Damaskus im Dezember 2009 einen Beitrag geleistet.

Im Jänner 2010 besuchte Hariri die Türkei. Es handelte sich um den ersten Auslandsbesuch nach seinem Amtsantritt, was die Bedeutung zeigte, welche man in Beirut den Beziehungen zur Türkei beimisst. Bei dieser Gelegenheit wurden 5 Memoranden über die Zusammenarbeit auf den Gebieten Gesundheit, Landwirtschaft, Militärwesen, Transport (u.a. Einrichtung einer Fähre zwischen Beirut und Mersin) und Erziehung unterzeichnet. Im Mai 2010 folgte ein weiterer Besuch und im Juni nahm Hariri in Istanbul an einem türkisch-arabischen Wirtschaftsforum teil. Ferner ist seit 2010 zwischen den beiden Staaten ein Strategischer Kooperationsrat nach dem Muster eines solchen der Türkei mit Syrien und dem Irak eingerichtet (siehe unter den jeweiligen Kapiteln). Im gleichen Jahr wurde auch ein Abkommen über die Aufhebung der gegenseitigen Visumpflicht abgeschlossen.

Ministerpräsident Erdogan reiste im November 2010 in den Libanon, wo ihm seitens der Sunniten ein begeisterter Empfang bereitet wurde –

gleichsam spiegelbildlich zu jenem für Präsident Ahmadinejad durch die Schiiten im Dezember 2010. Seitens letzterer wurde der Besuch Erdogans übrigens kritisiert und als Unterstützung für Ministerpräsident Hariri sowie als Schatten auf die neutrale Position der Türkei im Verhältnis zu den einzelnen politischen Gruppierungen im Libanon bezeichnet.

Versuch der Vermittlung in der libanesischen Regierungskrise 2011

Tätig wurde die Türkei erneut in der Regierungskrise im Libanon im Jänner 2011. Aus Protest gegen die angekündigte Aufnahme der Tätigkeit des Tribunals zur Untersuchung des Mordes an Ministerpräsident Rafik Hariri im Februar 2005 zogen die Hisbollah und ihre Verbündeten ihre Minister aus dem Kabinett ab. Die Regierung von Saad Hariri stürzte. In Ankara befürchtete man, dass die Instabilität im Libanon auf die ganze Nahost-Region ausstrahlen könnte und suchte, zusammen mit Qatar zu vermitteln. Saad Hariri besuchte Paris und Ankara, die in seinen Augen offenbar ersten Adressen in der Krise. In der Folge reisten Ministerpräsident Erdogan und Emir Khalifa Al Thani nach Damaskus und trafen mit Präsident Assad zusammen. Außenminister Davutoglu besuchte Beirut und konferierte mit den maßgeblichen libanesischen Politikern. Betreffend den seitens Frankreichs lancierten Vorschlag einer Libanon-Konferenz trat die Türkei dafür ein, auch den Iran miteinzubeziehen. Die Bemühungen um eine Lösung der Krise scheiterten jedoch und wurden türkischerseits eingestellt. Allerdings besuchte Saad Hariri als noch amtierender Ministerpräsident im April 2011 nochmals Ankara, um die Lage im Libanon zu erörtern (die neue Regierung in Beirut unter dem designierten Ministerpräsidenten Najib Mikati war noch nicht gebildet). Betreffend das Hariri-Tribunal drückte Außenminister Davutoglu die (negative) Position Ankaras indirekt aus, indem er meinte, keine Gruppe im Libanon solle angeklagt werden.

Außenminister Davutoglu fasste während der Krise die türkische Haltung betreffend den Libanon wie folgt zusammen: Dieser sei wie ein kleiner Naher Osten mit mehreren Gemeinden wie Christen, Sunniten, Schiiten und Drusen. Daher sei der Fortbestand des Libanon als stabiler

und florierender Staat ein Indikator bzw. ein Pfeiler des Friedens in der Region.

Die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen in den letzten Jahren wird durch nachstehende Zahlen belegt:

Jahr	Türkische Exporte	Türkische Importe
2003	\$ 148 126	\$ 71 710
2006	\$ 240 599	\$ 126 685
2008	\$ 665 055	\$ 178 781
2009	\$ 688 681	\$ 108 800
2010	\$ 619 543	\$ 228 536

Die wichtigsten türkischen Exportgüter sind (2009) Treibstoffe, Eisen- und Stahlprodukte, Tiere und Tabak. Die wichtigsten Importposten sind Metallabfall, Chemikalien und landwirtschaftliche Produkte.

Israel – das Ende einer Allianz

Die Türkei war das erste muslimische Land, welches am 28. März 1949 Israel anerkannte. Bis Mitte der 90er-Jahre blieben die Beziehungen auf geringem Niveau, es wurden keine Botschafter, sondern nur diplomatische Vertreter akkreditiert.

1956 brachte die Suez-Krise eine gewisse Trübung des Verhältnisses und die diplomatischen Vertretungen wurden auf noch niedrigeres Niveau zurückgestuft. Allerdings gab die Türkei dem Druck der arabischen Staaten, ganz mit Israel zu brechen, nicht nach. 1967 wurden die Beziehungen erneut belastet, da Ankara die Besetzung der arabischen Gebiete verurteilte. Grundsätzlich suchte die Türkei jedoch in dem Konflikt zwischen Israel und der arabischen Seite trotz Bekundung der Solidarität mit den Palästinensern neutral zu bleiben und ungeachtet ihrer westlichen Ausrichtung nicht als Verbündeter Israels zu gelten. Es entsprach dies der Doktrin, möglichst nicht in den Nahost-Konflikt hineingezogen zu werden (siehe Abschnitt 1). 1973 verweigerte die Türkei die Benützung ihres Luftraumes und Landemöglichkeiten für US-Maschinen mit

militärischem Gerät für Israel, gab hingegen sowjetischen Flugzeugen die Genehmigung für Überflüge nach Syrien.

1979 wurde ein PLO-Büro in Ankara eröffnet. 1980 protestierte die Türkei gegen die Annexion Ostjerusalems durch Israel, schloss ihr Konsulat in Westjerusalem und stufte die diplomatische Vertretung erneut zurück. Zu Beginn der 90er-Jahre besserte sich das Verhältnis durch gewisse Fortschritte im Nahost-Friedensprozess, wie dem israelischen Rückzug aus dem Libanon (bereits 1985), der Madrider Konferenz 1991, dem Oslo-Abkommen 1993 und dem israelisch-jordanischen Friedensvertrag 1994. Die diplomatischen Beziehungen wurden auf Botschafterebene angehoben. Die Kontakte auf den Gebieten der Wirtschaft und des Tourismus intensivierten sich.

Außenminister Cetin (1993), Ministerpräsidentin Ciller (1994) und Präsident Demirel (1996) statteten Israel Besuche ab. Ein Abkommen über militärische Kooperation zwischen Griechenland und Syrien wurde in Ankara als Bedrohung und gegen die Türkei gerichtet empfunden und führte zur Verstärkung des Besuchsaustausches- auf militärischem Gebiet. Unterzeichnet wurden auch eine Reihe von Abkommen auf dem Wirtschafts- und dem Erziehungssektor. Die laufenden Kontakte waren seit Beginn ein Modell dafür, wie ein Land mit überwiegend islamischer Bevölkerung ein rationales und kooperatives Verhältnis zu Israel haben kann.

Der islamistisch ausgerichtete Ministerpräsident Erbakan suchte 1996 eine Annäherung an die muslimischen Staaten (siehe oben, insbesondere im Kapitel Iran). Das damals in der Außenpolitik noch sehr einflussreiche türkische Militär machte dem Ministerpräsidenten jedoch klar, dass man nicht zusehen werde, wenn sich Ankara der islamischen Welt zuwendet und so die Beziehungen mit Israel in Gefahr bringt. Unter diesem Druck kam es im Februar 1996 zum Abschluss eines weitreichenden Abkommens über militärische Kooperation der Land-, Luft- und Seestreitkräfte zwischen der Türkei und Israel (Erbakan wurde im Juni 1997 zum Rücktritt gezwungen).

Die militärische Allianz

Dieses – mit Unterstützung durch Washington zustandegekommene – Abkommen beruhte auf ähnlichen Ansichten betreffend die Nahost-Region (d.h. insbesondere die Gegnerschaft zu Syrien, dem Irak und dem Iran) und der Perzeption, dass beide Staaten von Feinden umgeben seien. Die strategische Partnerschaft war daher in beiderseitigem Interesse und bedeutete für beide Länder Vorteile: die Türkei erhielt Zugang zu israelischer Militärtechnologie (und hoffte, auf diesem Wege auch an von Washington verweigerte US-Militärtechnik heranzukommen – was sich größtenteils nicht erfüllte). Dies war für Ankara nicht zuletzt zur Bekämpfung des kurdischen Terrorismus bzw. als Gegengewicht zu dessen Unterstützung seitens Syriens wichtig. Der israelischen Luftwaffe wurden durch den Vertrag Trainingsmöglichkeiten im weiten anatolischen Luftraum von einer Basis in Konya aus eingeräumt. Außerdem erhielten israelische Firmen zahlreiche lukrative türkische Rüstungsaufträge. Vereinbart wurden auch ein intensiver Informationsaustausch und gemeinsame Ausbildung. 1997 besuchte der israelische Verteidigungsminister Taylan die Türkei. Im gleichen Jahr wurde beim OIC-Gipfel in Teheran Ankara wegen seiner engen Beziehungen zu Israel und vor allem wegen des Militärabkommens heftiger Kritik unterzogen.

Die Militärkooperation brachte eine Intensivierung der Beziehungen auch auf anderen Sektoren. Geschlossen wurden 1997 ein Freihandelsabkommen mit der gegenseitigen Aufhebung der Zölle für fast 200 Güter, ein Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels und der Industrie und ein solcher betreffend wissenschaftliche Kooperation, 1998 ein Doppelbesteuerungsabkommen sowie 1999 eines über Kooperation in der Landwirtschaft. Tragende Säule der Allianz war jedoch der militärische Aspekt, wobei der Handel auf diesem Gebiet 25% des Gesamtvolumens ausmachte.

Die späten 90er-Jahre können als Zenit der Beziehungen zwischen der Türkei und Israel gewertet werden – nicht zuletzt durch die sehr einflussreiche Rolle des türkischen Militärs (siehe obstehend). Ab 2000 war das Verhältnis durch die wachsende Kritik Ankaras an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern, die Militäroperationen in den be-

setzten Gebieten und die zweite Intifada belastet. Die Erstürmung des Palästinenserlagers in Jenin 2002 wurde durch Ministerpräsident Ecevit als Genozid bezeichnet und löste heftige Reaktionen in der türkischen Öffentlichkeit aus. Die deutliche Trübung der Beziehungen setzte also nicht, wie manchmal behauptet, nach Regierungsantritt der AKP ein, sondern bereits früher.

Beginn der Trübung des Verhältnisses

Die Aussöhnung mit Syrien, die verbesserten Beziehungen zum Iran und der Irakkrieg 2003 brachten für die Türkei ein neues strategisches Umfeld. Die Militäraktion Washingtons gegen Saddam Hussein erzeugte in der türkischen Öffentlichkeit eine tiefe Abneigung gegen die USA, was auch auf Israel ausstrahlte, welches als Verbündeter der USA angesehen wurde. Zudem folgten die Anhänger der AKP nicht länger dem Argument, dass die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel im Sinne einer, den türkischen Sicherheitsinteressen förderlichen Kooperation mit letzterem hingenommen werden müsse. In der Bekämpfung des PKK-Terrorismus suchte die Türkei die Unterstützung Syriens und des Iran und war zumindest teilweise auf diese angewiesen. Es erfolgte gleichsam eine Umkehrung der Sicherheitslage im Vergleich zu den 90er-Jahren und die Allianz mit Israel hatte weitgehend ihre Bedeutung verloren.

Eine Belastung des Verhältnisses brachten auch die Kontakte Israels zu den Kurden im Nord-Irak ab Beginn 2005, welche in Ankara als Ermunterung deren Ambitionen auf einen eigenen Staat angesehen wurden.

Die Ermordung von Sheikh Yassin 2004 führte zu großer Empörung in der türkischen Bevölkerung. Ministerpräsident Erdogan bezeichnete Israel als Terroristenstaat. Heftige Kritik übte Ankara auch am Beginn des Baus einer Abgrenzungsmauer zwischen Israel und den Palästinensergebieten. In Israel wurde man sich bewusst, dass die ihm gegenüber positiv eingestellten Säkularisten und das Militär in Ankara an Einfluss verloren hatten. In gewissen Kreisen begann sich die Meinung breitzu-

machen, dass die AKP und vor allem Erdogan selbst im Grunde antiisraelisch eingestellt sei.

Trotz dieses Umschwunges verlief das Verhältnis bis Ende 2008/Beginn 2009 in Wellenbewegungen und wurde in gewisser Weise auch zum Schauplatz der Differenzen zwischen der Regierung in Ankara und den Militärs. Die militärische Allianz mit Israel wurde im Wesentlichen aufrechterhalten. Der israelische Rückzug aus Gaza wirkte sich auf die Beziehungen positiv aus. Im Mai 2005 besuchte Ministerpräsident Erdogan Israel.

Der Besuch des in Damaskus residierenden Leiters des Politbüros der Hamas, Khalid Mashal in Ankara und das Treffen mit Außenminister Gül im Februar 2006 löste in Israel scharfe Kritik aus. Türkischerseits wurde darauf hingewiesen, dass die Hamas nicht als Terroristenorganisation eingestuft werden könne, sondern durch einen Wahlprozess an die Macht gekommen sei und alle Parteien in die Bemühungen um einen Nahost-Frieden eingebunden werden müssten (siehe hierzu auch im Kapitel Syrien).

Das Auf und Ab in den Beziehungen setzte sich in der Folge fort. Außenministerin Livni reiste im Mai 2006 in die Türkei. Gegen die israelische Militäraktion im Libanon im Juli 2006 legte Ankara scharfen Protest ein (siehe hierzu im Kapitel Libanon). Negativ wurde in Israel vermerkt, dass die Türkei begann, in der Debatte über das iranische Atomprogramm (siehe Kapitel Iran) auf das israelische Nuklearpotential und den in dieser Frage angelegten doppelten Standard hinzuweisen.

2007 brachte einen regen Besuchsaustausch. Präsident Sezer reiste im Mai, Außenminister Babacan im Oktober nach Israel. Ministerpräsident Olmert besuchte im Februar, Präsident Peres im November Ankara, wobei letzterer als erstes israelisches Staatsoberhaupt eine Rede im dortigen Parlament hielt. Während des Besuches wurde türkischerseits ein Treffen mit Palästinenserpräsident Abbas beim Ankara Forum (siehe Abschnitt 1) arrangiert.

Ein von türkischer Seite wiederholt indirekt zum Ausdruck gebrachtes oder zumindest angedeutetes Interesse an einer Vermittlerrolle zwischen Israel und den Palästinensern wurde von ersterem abgelehnt. Hingegen übernahm Ankara eine solche Funktion im Verhältnis Israel – Syrien. Am 21. Mai verkündigten die Türkei, Israel und Syrien gleichzeitig die Aufnahme von direkten Gesprächen. Bis Ende 2008 fanden fünf derartige Verhandlungsrunden statt (siehe hierzu im Kapitel Syrien).

Grundsätzlich stellte die Tatsache, dass in Israel rechtsgerichtete Koalitionen mit einer von der AKP verschiedenen Ideologie an die Macht gekommen waren, die einen harten Kurs gegenüber den Palästinensern verfolgten, eine laufende Belastung des Verhältnisses dar. Eine gewisse Enttäuschung war übrigens auch in der türkischen Militärindustrie aufgekommen: In vielen Projekten unter Beteiligung israelischer Firmen, wie etwa der Modernisierung der in den USA hergestellten 170 M60-Panzer verweigerte Israel den entsprechenden Technologie-Transfer.

Radikale Verschlechterung nach dem Gaza-Krieg 2008/2009

Eine schwere Krise in den Beziehungen und eine nachhaltige Wende ins Negative brachte der Krieg in Gaza im Dezember 2008 und Jänner 2009 (siehe hierzu auch in Abschnitt 1). Erdogan verurteilte die Invasion mit deutlichen Worten und sprach von Staatsterror gegen die Palästinenser und von völlig unverhältnismäßiger israelischer Gewalt, welche letztlich 1417 Palästinensern das Leben kostete – im Vergleich zu zehn toten Israelis. Der Ministerpräsident war ferner verärgert, da sein Amtskollege Olmert wenige Tage vorher bei seinem Besuch in Ankara versprochen hatte, eine friedliche Lösung anzustreben. Außenminister Davutoglu erklärte, Gaza sei nicht nur eine palästinensische, arabische oder muslimische Angelegenheit, sondern liege in der Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft. In den Reaktionen auf die Ereignisse in Gaza war übrigens der seltene Fall einer Konvergenz zwischen der Regierung, der Opposition und dem Militär festzustellen. Grosse Empörung gab es auch in der türkischen Öffentlichkeit, in welcher die vorhandene Sympathie für die Palästinenser noch gestärkt wurde. Die

Stimmung wurde in der Folge durch verschiedene gegen Israel gerichteten TV-Sendungen und Filme noch angeheizt.

Kurz nach Ende des Krieges gab es beim Weltwirtschaftsforum in Davos einen Eklat. Es kam zu einem bitteren Wortwechsel zwischen Präsident Peres und Erdogan („you know well how to kill children“). Als der Vorsitzende die Angriffe des türkischen Regierungschefs unterbrach, verließ dieser wütend die Diskussion. Eine Umfrage nach dem Vorfall ergab im Jänner 2009, dass zwei Drittel der türkischen Öffentlichkeit das Verhalten Erdogans begrüßten. Diesem wurde bei seiner Rückkehr ein triumphaler Empfang bereitet.

Es ist nicht klar, ob das Verhalten des türkischen Ministerpräsidenten spontan oder kalkuliert war, d.h. im Lichte der für März 2009 angesetzten Lokalwahlen zu sehen ist (welche der AKP dann einen klaren Sieg einbrachten). Hiezu wäre zu bemerken, dass die Instrumentalisierung der zunehmend antiisraelischen Stimmung in der türkischen Bevölkerung zum Zwecke der eigenen Popularität allerdings ein Element darstellt, das eine für die Regierung unerwünschte Eigendynamik annehmen könnte.

Der Zusammenstoß in Davos führte jedenfalls der Weltöffentlichkeit die Krise im türkisch-israelischen Verhältnis klar vor Augen. In den Beziehungen trat eine deutliche Verschlechterung ein. Diese bedeutete auch das Ende der türkischen Vermittlungstätigkeit zwischen Israel und Syrien (siehe oben), in welcher Ankara überzeugt gewesen war, im Dezember 2008 vor einem Durchbruch zu stehen. Israel erklärte, an dieser Rolle der Türkei nicht mehr interessiert zu sein. Der neue israelische Ministerpräsident Netanyahu stellte später auch fest, dass man den Golan für einen Frieden mit Syrien nicht aufgeben werde. Allerdings soll gewissen Meldungen zufolge Präsident Peres den russischen Präsidenten Medwedew im Mai 2010 gebeten haben, im Verhältnis zu Damaskus zu vermitteln.

Israel versuchte, Ankara gegenüber eine Parallele zwischen der Hamas und der PKK zu ziehen, um so seine Militäraktion in Gaza zu rechtfertigen. Die Türkei wies dies mit dem Hinweis zurück, dass man das eigene

Land und die territoriale Integrität gegen eine Terrororganisation verteidige. Die Hamas sei jedoch in Gaza durch Wahlen an die Macht gekommen, was ihr Legitimität verleihe.

Im März 2009 trafen die Außenminister Babacan und Livni in Brüssel zusammen. Manche Beobachter zogen daraus den Schluss, dass die Beziehungen auf zwei Ebenen liefen: einerseits öffentliche Verurteilung, andererseits Diplomatie hinter den Kulissen. Das Verhältnis besserte sich jedoch nicht. Die Türkei lud Israel von den für Oktober 2009 unter Beteiligung der USA angesetzten Luftwaffenübungen Anatolian Eagle aus (worauf auch Washington seine Teilnahme stornierte). Im September 2009 sagte Außenminister Davutoglu einen Besuch in Israel wegen Verweigerung des Grenzübertrittes nach Gaza ab. Die demütigende Behandlung des türkischen Botschafters im israelischen Außenministerium durch Vizeminister Ayalon im Jänner 2010 brachte eine neue Krise. Ein unmittelbar darauf folgender Besuch von Verteidigungsminister Barak und eine israelische Entschuldigung konnten den Konflikt nur oberflächlich entschärfen. Daran änderte auch der Besuch des damaligen Industrie- und Handelsministers Ben Eliezer in Ankara und sein Zusammentreffen mit Außenminister Davutoglu im November 2009 nichts. Hievon zeugte eine Äußerung von Ministerpräsident Erdogan im April 2010 in Paris, wonach Israel eine Hauptgefahr für den Frieden darstelle und die israelische Siedlungspolitik in den Palästinensergebieten inakzeptabel sei. Er wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass Israel die einzige Atommacht im Nahen Osten sei. Andererseits verglich der israelische Außenminister Liebermann quasi im Gegenzug den türkischen Regierungschef mit Muammar Gaddafi Ebenfalls im April 2010 stießen gemeinsame türkisch-syrische Militärmanöver auf eine negative Reaktion Israels (siehe hierzu im Kapitel Syrien). Kritisch vermerkt wurde auch die steigende Zahl von NGO-Konferenzen zugunsten der Palästinenser (besonders in Istanbul) mit teilweiseem Auftreten bekannter radikaler Vertreter aus verschiedenen arabischen Staaten, welche nach israelischer Ansicht u.a. dem Sammeln von Spenden für die Hamas dienen, sowie die immer wieder stattfindenden Besuche von Politikern dieser Organisation in Ankara.

Mavi Marmara

Eine neue Eskalation bzw. einen weiteren schweren Schlag für die Beziehungen brachte am 31. Mai 2010 eine israelische Militäraktion gegen eine aus sechs Schiffen, das größte hievon das türkische Passagierschiff Mavi Marmara, bestehende Flotte, welche unter Brechung der Seeblockade humanitäre Hilfsgüter nach Gaza bringen wollte. Die Organisation hatte eine der AKP nahestehende NGO übernommen. Bei dem Angriff in wurden neun Türken getötet und ca. 30 verletzt. Es handelte sich um die erste direkte Verwicklung türkischer Zivilpersonen in die Nahost-Problematik und deren erste Tötung durch israelische Streitkräfte. Nach Angaben Ankaras war Israel von der Regierung über der Absicht, die Schiffe zu entsenden, vorher informiert worden.

Die türkischen Reaktionen waren überaus heftig. Ministerpräsident Erdogan sprach von Staatsterrorismus, Vizeministerpräsident Arinc angesichts der Militäraktion in internationalen Gewässern von Piraterie. Ankara beantragte eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates. Die Türkei empfand das israelische Vorgehen als Demütigung und einen Angriff auf ihre Souveränität. Die Fall Mavi Marmara war für die Bevölkerung ein traumatisches Erlebnis und brachte die sonst von starken Gegensätzen geprägte türkische Parteienlandschaft auf einen Nenner – ein äußerst seltenes Phänomen.

Der israelische Angriff bedeutete den bisherigen Tiefpunkt im bilateralen Verhältnis. Ministerpräsident Erdogan erklärte, „nichts werde so sein wie früher“. Ankara verlangte eine offizielle israelische Entschuldigung, Entschädigungen für die Familien der Opfer, eine internationale Untersuchung und die Aufhebung der Blockade von Gaza. Der türkische Botschafter in Tel Aviv wurde zurückberufen (und hat bisher seine Tätigkeit nicht wieder aufgenommen). Der Luftraum der Türkei wurde für israelische Militärmaschinen gesperrt. Ein Treffen zwischen Außenminister Davutoglu und Handels- und Industrieminister Ben Eliezer im Juni 2010 in Brüssel sowie spätere diskrete Kontakte des letzteren mit der türkischen Seite im Auftrage von Ministerpräsident Netanyahu zwecks Beendigung der Krise blieben erfolglos. Es konnte keine für beide Seiten akzeptable Formel gefunden werden. Eine weitere Ver-

schärfung der Spannungen brachte im Jänner 2011 ein israelischer Untersuchungsbericht, demzufolge die Armee bei der Aktion in Gaza korrekt gehandelt habe.

Die Beziehungen sind seit Dezember 2010 noch durch ein weiteres Problem belastet. Israel hat den Fund größerer Gasvorräte vor seiner Küste gemeldet. Die US-Firma Nobel hat dort ca. 450 Mrd. m³ geortet (rechnet man die 2009 gefundenen Lager dazu, könnte Israel zu einem Energieexporteur werden). Gleichzeitig schlossen Israel und Zypern ein Abkommen über die Festlegung der Seegrenze, welches für beide Seiten die Möglichkeit öffnet, Gasvorräte in ihren Gewässern zu erschließen. Aus der Befürchtung heraus, dass Nord-Zypern ausgeschlossen bleibe, protestierte die Türkei und wies darauf hin, dass dies eine Zypern-Lösung erschweren werde.

Die Wirtschaftskontakte durch das Zerwürfnis nur wenig betroffen

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Israel waren während der letzten Jahre von den politischen Schwierigkeiten nur mäßig betroffen. Die zeigen die nachstehenden Handelszahlen:

Jahr	Türkische Exporte	Türkische Importe
2003	\$ 1 082 998	\$ 459 488
2006	\$ 1 529 158	\$ 782 149
2008	\$ 1 935 235	\$ 1 447 919
2009	\$ 1 522 436	\$ 1 074 727
2010	\$ 2 083 987	\$ 1 359 624

Die wichtigsten türkischen Exportgüter waren (2009) Kraftfahrzeuge sowie Produkte aus Eisen, Stahl und Kupfer (Kabel). Hauptimportposten sind Erdöl- und Gasprodukte, Kunststoff Fahrzeuge (bzw. -teile) und Medikamente.

Israel ist eines der wenigen Länder, mit welchen die Türkei einen Handelsüberschuss aufweist. Das bilaterale Handelsvolumen macht allerdings nur 1% des türkischen Gesamtvolumens aus, was andererseits

angesichts der israelischen Bevölkerung von 7,2 Mio. und dem Fehlen einer gemeinsamen Landgrenze relativ hoch ist. Stark vertreten in Israel ist die türkische Bauindustrie mit einer Auftragssumme von ca. \$ 583 Mio.

Negativ betroffen von dem politischen Klima sind die gegenseitigen Investitionen und der Tourismus. Vor Beginn der Spannungen stand die Türkei als Ziel israelischer Touristen an zweiter Stelle. Deren bis 2008 steigende Anzahl ist 2009 um 44% auf ca. 311 000 eingebrochen und nach einer kurzen Erholung nach der Affäre Mavi Marmara erneut stark gesunken. Die israelische Regierung hat eine Reisewarnung für die Türkei ausgegeben.

Derzeit keine Besserung zu erwarten

Hinsichtlich der künftigen Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten wird die Regierung in Ankara wohl – möglicherweise manchmal mehr, als es ihr lieb ist – auf die öffentliche Meinung zumindest teilweise Rücksicht nehmen müssen, die sich in den letzten Jahren stark gegen Israel gewandt hat. Laut einer Umfrage der Gfk Roger Public Affairs and Corporate Communications im November/Dezember 2010 (also noch vor dem Angriff auf den Mavi Marmara-Konvoi) hatten Israel und Ministerpräsident Netanyahu Negativraten von 77% bzw. 69% (im Vergleich dazu stieß allerdings auch die Palästinensische Autonomiebehörde auf 37% Ablehnung). 51% (!) der Bevölkerung treten für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel ein.

Israel sieht die türkische Kritik an seiner Politik als Ausdruck der steigenden islamischen Neigung der Regierung in Ankara – was von dieser bestritten wird. Als Signal einer weiteren Stagnation in den Beziehungen wertet man den Erfolg der AKP beim Referendum über eine Verfassungsreform im September 2010. Nicht zuletzt der geschwundene Einfluss des Militärs in der Türkei wird als Hindernis für die Reparatur des Verhältnisses erachtet. Zumindest derzeit ist die Behauptung mancher israelischer Beobachter zutreffend, dass während der AKP-Regierung die Türkei für Israel als strategischer Partner verloren gegangen ist.

Auch durch Wikileaks verbreitete US-Berichte sprechen davon, dass Israel in der Türkei keinen Verbündeten mehr sieht.

Die Allianz mit Israel war durch die kemalistische Elite, niemals jedoch von der türkischen islamischen Bevölkerung getragen gewesen. Dominiert war der militärische Aspekt, welcher wenig eine wirtschaftliche und kaum eine soziale Parallele fand. Nichtsdestoweniger konnte das Bündnis die politischen und ideologischen Differenzen bis vor kurzem im Wesentlichen überdauern.

Letztlich hat die Allianz mit Israel angesichts der Verbesserung der Beziehungen mit den islamischen Nachbarn, die damit verschwundenen Bedrohungsbilder und die deutlich gestärkte außenpolitische Stellung der Türkei für Ankara an Bedeutung verloren. Seitens der AKP-Regierung wurde dies nicht verhindert, sondern als Preis für das gestiegene Ansehen in der arabisch-muslimischen Welt akzeptiert. Mit den Aspirationen, in dieser eine stärkere Stellung zu erlangen, war die Partnerschaft mit Israel nur schwer vereinbar. Einen gewissen Einfluss bei der negativen Entwicklung des Verhältnisses dürfte auch die in der türkischen Außenpolitik gewachsene Rolle der NGOs gehabt haben.

Ankara hat Israel klar gemacht, dass dessen Politik in der Palästinenserfrage den Charakter der bilateralen Beziehungen bestimmt und auch weiterhin bestimmen wird. Die Türkei strebt eine Nahost-Ordnung an, welche auf politischer Stabilität und wirtschaftlicher Integration beruht. Friede in der Region wird als Voraussetzung hierfür angesehen. Ankara ist der Meinung, dass die Politik Israels dem zuwiderläuft.

Die Verschlechterung des Verhältnisses ist auch ein klares Indiz dafür, wie sehr der Einfluss des Militärs in der türkischen Außenpolitik im Sinne von deren „Desecuritization“ zurückgedrängt wurde.

In Israel ist die Arbeiterpartei, in der Türkei das Militär daran interessiert, einen weiteren Niedergang in den Beziehungen zu vermeiden, Unter der gegenwärtigen israelischen Regierung (in welcher offenbar Uneinigkeit hinsichtlich des gegenüber Ankara einzuschlagenden Kurs herrscht) scheint aber die Wiederherstellung eines guten Verhältnisses

schwer möglich und dieses dürfte auf geraume Zeit nachhaltig gestört bleiben. Und in Zukunft wird zumindest auf dem Sicherheitssektor selbst bei einer Reparatur niemals der frühere Stand erreicht werden, da die Türkei Rücksicht auf die arabischen Staaten nehmen muss und wird. Insgesamt scheinen gute bilaterale Beziehungen für Israel derzeit von größerer Bedeutung als für Ankara.

Es muss aber bedacht werden, dass die Türkei den Bogen nicht überspannen darf. Eine nicht unwichtige Dimension des Verhältnisses zu Israel ist die Jewish Lobby in den USA, besonders im Kongress. Da die Türkei keine große Emigrantengruppe in den USA hat, ist Ankara abhängig von der, bisher gewährten Unterstützung dieser Lobby gegen die von der armenischen Diaspora immer wieder unternommenen Versuche, eine „Genozid“-Resolution im Kongress durchzubringen.

3. Wertung und künftige Perspektiven

Es ist unübersehbar, dass die Türkei im Nahen Osten an Gewicht gewonnen hat, nicht zuletzt durch ihre enorm gewachsene Wirtschaftskraft, ihre politische Stabilität und die durch die AKP-Regierung umgesetzten Reformen. Das Engagement und die Popularität von Ministerpräsident Erdogan und anderer AKP-Politiker haben das Land zu einer Regionalmacht werden lassen. Die wirtschaftlichen Leistungen stellen für die Staaten der Region ein Beispiel der erfolgreichen Kombination von Tradition, Demokratie und Fortschritt dar. Geschätzt werden in dieser Hinsicht die von Ankara erreichte Prosperität und der Reformprozess, welcher zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU geführt hat. Je mehr sich die Türkei der EU annähert, desto stärker werden ihr Gewicht und ihre Einflussmöglichkeiten in der Region steigen. Dies wird seitens mehrerer arabischer Nahost-Staaten bestätigt (allerdings dürfte man auch von deren Seite registriert haben, dass die Beitrittsverhandlungen de facto stagnieren).

Die Hinwendung der Türkei zum Nahen Osten hat – zumindest teilweise – ein Ende des gegenseitigen Syndroms gebracht: viele Türken bezeichneten die Araber durch ihre Haltung im Ersten Weltkrieg als Verräter und in arabischen Augen galt das Ottomanische Reich als eine Periode des Imperialismus.

Mangels einer einheitlichen EU-Linie (z.B. im Falle Irak 2003) kann die Türkei im Nahen Osten relativ unabhängig agieren und muss nur begrenzt auf die Union Rücksicht nehmen. Festzuhalten wäre in diesem Zusammenhang, dass das verstärkte Engagement Ankaras in der Region seitens der EU grundsätzlich eine positive Einschätzung findet. In den Fortschrittsberichten wird dieses als konstruktiv bewertet. Der spanische Außenminister bezeichnete z. B. die türkischen Aktivitäten als für die EU wichtig. Von deutscher Seite hieß es, die Türkei exportiere Stabilität in den Nahen Osten. Der erweiterte Spielraum Ankaras in der Region gilt auch für das Verhältnis zu den USA, welche im Nahen Osten sehr stark an Glaubwürdigkeit verloren haben.

Potentielle Schwachpunkte der türkischen Nahost -Politik

Ein großer potentieller Schwachpunkt der türkischen Nahost-Politik ist die Tatsache, dass diese teilweise auf guten persönlichen Beziehungen von Präsident Gül und Ministerpräsident Erdogan zu einigen führenden Politikern in den Nachbarstaaten, z.B. in Syrien, beruht. Politische Umwälzungen und/oder personelle Änderungen könnten diesen engen Kontakten die Basis entziehen. Außerdem ist die starke Stellung der Türkei auf die Konfusion in der Nahost-Region nach der Militäraktion gegen den Irak seitens der USA, die Unpopularität letzterer und die schwache Rolle der EU (siehe obstehend) zurückzuführen. Dieser Zustand muss nicht von Dauer sein. Hiezu kommt die Tatsache, dass Ägypten seit längerer Zeit seine frühere führende Position in der Region nicht wahrgenommen hat. Das kann sich unter dem neuen Regime in Kairo ändern und ein wiederum prominentes Auftreten Ägyptens auf der Nahost-Bühne wird die dortige Rolle Ankaras vermutlich schwächen (der Abschluss des Abkommens zwischen den Palästinenserfraktionen Fatah und Hamas in Kairo im Mai 2011 – siehe Abschnitt 1 – könnte hierfür ein erster Hinweis gewesen sein). Außerdem dürfte in einigen Nahost-Staaten ein gewisses Misstrauen gegen den in letzter Zeit deutlicher werdenden – vermeintlichen – Quasi-Anspruch der Türkei auf eine Führungsrolle in der islamischen Welt herrschen, sowie auch gegen oft emotionale Rhetorik seitens Ministerpräsident Erdogan gegen Israel, welche die Stimmung im eigenen Lande in nicht erwünschter Form aufheizen könnte. R. Khoury von der American University in Beirut sieht den Zenith der türkisch-arabischen Beziehungen bereits erreicht. Im Vergleich zu den engen Kontakten Ankaras mit autoritären Regimen, wie Syrien oder der Iran, werde der Einfluss der Türkei in Staaten mit einem neuen demokratischen System zurückgehen.

Was die Ambitionen Ankaras betrifft, gleichsam ein „Feuerwehrmann“ für Vermittlung im Nahen Osten zu sein (manche Beobachter sprechen von einer Obsession), so erweisen sich diese oft als schwierig. Die Türkei überschätzt manchmal ihre Einflussmöglichkeiten, beispielsweise im Falle des Iran und der Hamas und riskiert dadurch ihre Beziehungen zum Westen, insbesondere zu den USA. Verbale Ausfälle gegen Israel, welche Kritiker mit dem Stil mancher Dritt-Welt-Politiker vergleichen,

haben Ankara an Glaubwürdigkeit als ehrlicher Makler gekostet, ebenso wie der offene Ausdruck von Sympathie für Politiker wie Präsident Ahmadinejad oder den sudanesischen Staatschef Bashir. Die Rolle als Vermittler in der Palästina-Frage wird zudem dadurch erschwert, dass die türkische öffentliche Meinung eindeutig pro-palästinensisch ist. Der scharfe Ton gegenüber Israel hat dem Ministerpräsidenten und anderen AKP-Politikern zwar Popularität in den arabischen Staaten gebracht, in den USA und den meisten EU-Ländern jedoch Kritik oder zumindest Bedenken über die türkische Außenpolitik hervorgerufen. Eine Wiederaufnahme der vermittelnden Rolle Ankaras ist angesichts seiner derzeitigen Beziehungen zu Israel nicht zu erwarten. Sogar Präsident Assad beurteilt, soweit bekannt, die einschlägige türkische Position nicht positiv und soll erklärt haben, dass hierfür eine Bereinigung dieses Verhältnisses notwendig wäre. Insgesamt haben – wie auch schon in Abschnitt 1 angeführt – die Bemühungen der Türkei um Vermittlung in verschiedenen Konflikten in der Region wenig konkrete Resultate gebracht.

Gestiegenes Ansehen der Türkei in der arabisch-islamischen Welt

Das türkische Engagement im Nahen Osten stößt in den arabischen/muslimischen Ländern der Region auf positives Echo. Die in Istanbul ansässige türkische NGO TESEV hat im August und September 2010 eine Umfrage in Ägypten, Syrien, Jordanien, dem Libanon, dem Irak, den Palästinensergebieten, Saudi-Arabien sowie dem Iran durchgeführt, welche nachstehende Ergebnisse gebracht hat (die in Klammer angeführten Zahlen beziehen sich auf eine ähnliche Umfrage 2009, allerdings ohne den Iran):

- 85% (75%) haben eine positive Meinung über die Türkei (der Prozentsatz wäre derzeit noch höher).

78% (77%) treten für eine größere Rolle der Türkei im Nahen Osten ein.

73% (71%) sind sich der aktiven Rolle der Türkei im Nahen Osten bewusst.

78% (78%) befürworten eine türkische Vermittlung zwischen Israel und den Palästinensern

66% (63%) sehen die Türkei als Modell für das eigene Land.

57% (64%) erwarten einen positiven Effekt für die arabische Welt durch die türkischen EU-Ambitionen. Diese hätten zu einer größeren Rolle Ankaras in der Region geführt.

Bei folgenden Themen liegen keine Vergleichszahlen für 2009 vor:
61% im Iran befürworten eine türkische Vermittlung in der Nuklearfrage
14% glauben, dass die Türkei nach Saudi-Arabien (22%) die stärkste Wirtschaftsmacht im Nahen Osten ist.
27% meinen, dass die Türkei diesbezüglich in 10 Jahren Saudi-Arabien überholen wird.
76% haben bereits ein türkisches Produkt konsumiert oder benutzt (im Irak 87%, im Iran 83%).
78% haben bereits türkische TV-Sendungen gesehen.

TESEV zufolge sind die vier Hauptgründe für die positive Haltung der Bevölkerung der arabischen Staaten gegenüber der Türkei deren muslimische Identität, deren Wirtschaftssystem, die Demokratie sowie die Unterstützung für die Palästinenser. Festgestellt wurde auch ein wachsendes Interesse, die Türkei näher kennenzulernen (etwa durch Reisen in oder Filme über das Land). Dies stößt türkischerseits nicht in gleichem Maße auf Gegeninteresse. Stark gesunken sind in den arabischen Staaten auch Vorurteile und antitürkische Ansichten.

Signifikant ist auch eine Untersuchung des Deutschen Marshall Fund in den USA im Jahre 2010: Demnach befürworten in der Türkei nur 6% eine engere Zusammenarbeit mit den USA. 37% (2009 43%) sehen die NATO als wichtig für die Sicherheit an. 20% wollen eine Allianz mit den Nahost-Staaten, nur 13% eine solche mit der EU. Die Zustimmung zu einem Beitritt zur EU ist von 73% (2004) auf 38% gesunken.

Diese Umfragen zeigen, dass die Türkei im Nahen Osten nicht mehr als Hegemoniefaktor oder Bedrohung angesehen wird. Im Gegenteil, die stärkere Rolle wird befürwortet. Ankara wird dieses positive Image erhalten, solange es zur Lösung regionaler Probleme beizutragen sucht. Das Engagement im Nahen Osten wird allerdings nachhaltig nur dann

erfolgreich sein, wenn die türkische Politik auf den gemeinsamen Interessen mit den Nachbarn auf politischem, strategischem und wirtschaftlichem Gebiet aufbaut und nicht zu offensichtlich auf eine Stärkung des Einflusses in der Region oder gar auf deren Kontrolle abzielt. Außerdem wird die künftige Rolle davon abhängen, wie Ankara auf die Veränderungen in der politischen Landschaft der arabischen Welt reagiert. Durch den „arabischen Frühling“ befindet sich die Türkei derzeit in einer Art „Zwickmühle“ zwischen guten Kontakten mit unpopulären Führern, wie etwa Assad, und Demokratieforderungen in einzelnen Staaten. Die Null-Probleme-Politik ist z. B. im Falle Syriens in Schwierigkeiten. Ankara wird seine Politik an neue Verhältnisse anpassen müssen (siehe hierzu auch in Abschnitt 1).

Die Türkei als Modell für die Nahost-Staaten?

Die Umwälzungen in Tunesien und Ägypten, die Situation in Libyen und die Unruhen in anderen arabischen Ländern haben eine Debatte ausgelöst, ob die Türkei für die Nahost-Staaten ein Modell darstelle. Der Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Moussa erklärte beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Februar 2011, Ankara könne bei der Lösung der Probleme in der Region eine entscheidende Rolle spielen. In der Türkei selbst wurde während der Ereignisse wiederholt mit deutlichem Selbstbewusstsein darauf hingewiesen, dass man als einziges Land mit einer muslimischen Bevölkerung eine nach westlichen Maßstäben funktionierende Demokratie habe und dies als Beispiel für die Nahost-Staaten dienen könne. Die türkische Zeitung Hürriyet schrieb, die Ereignisse zeigten, dass in Zeiten der Unruhen in der Region die Türkei der einzige Pfeiler der Stabilität sei. Ministerpräsident Erdogan bezeichnete allerdings die Türkei eher als Quelle der Inspiration denn als Modell. Die arabischen Staaten hätten zwar eine gemeinsame Geschichte und Kultur, seien aber untereinander verschieden. Daher könne es kein Modell geben, das für alle gültig sei. Der gleichen Ansicht ist auch ein führender türkischer Politologe: Die Türkei sei ein europäisches Land und könne für die arabisch/islamischen Staaten zwar ein Referenzpunkt, aber kein Modell sein. Außenminister Davutoglu meinte bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2011, Demokratie führe nicht zu isla-

mischem Radikalismus, sondern zu politischer Stabilität und wirtschaftlichen Erfolgen. Die Türkei werde Reformen unterstützen und ihre Erfahrung zur Verfügung stellen.

Das Nahost-Engagement Ankaras und das Verhältnis zum Westen

Vor allem in den USA hat die Verschlechterung der Beziehungen der Türkei zu Israel negative Reaktionen ausgelöst. Besonders problematisch für Washington ist auch das gute Verhältnis Ankaras zu Teheran. In dieser Frage, vor allem durch die Nein-Stimme im UN-Sicherheitsrat hinsichtlich zusätzlicher Sanktionen gegen den Iran (siehe Abschnitt 2), beeinträchtigt die Türkei ihre Beziehungen zum Westen nicht zuletzt deshalb, da in diesem Punkt Konvergenz zwischen der Position der EU und jener der USA herrscht. Nichtsdestoweniger wäre festzuhalten, dass das verstärkte Engagement im Nahen Osten nicht entscheidend zu Lasten des Westens gegangen ist. Die Hinwendung zu der Region bedeutet keine Abwendung von diesem oder ein Verlassen der euro-atlantischen Linie, sondern entspricht den geographischen Realitäten und stellt eine Ausbalancierung der früher ziemlich einseitig auf Israel ausgerichteten Politik dar. Die Türkei ist hiebei immer wieder bemüht, eine Brücke zwischen dem Westen und den arabisch-islamischen Nahoststaaten zu schlagen. Die Iran-Frage bedeutet allerdings für die Regierung ein ständiges Dilemma. Das unabhängigere Auftreten Ankaras ist außerdem Resultat der politischen und wirtschaftlichen Erfolge in den letzten Jahren und eines damit stark gestiegenen Selbstvertrauens.

Die USA, welche das verstärkte türkische Nahost-Engagement anfangs begrüßt und hievon eine Stärkung des eigenen Einflusses in der Region erhofft hatten, sollten trotz immer wieder auftretender Differenzen die Rolle der Türkei als stabilisierender Faktor anerkennen und nicht versuchen, die Politik Ankaras gemäß den Interessen Washingtons zu diktieren. Für letzteres ist es wohl vorbei. Der Charakter der Türkei als aufstrebende Regionalmacht sollte von den USA zur Kenntnis genommen und akzeptiert werden.

Ableitungen für Österreich und die EU

Auch die EU und Österreich sollten versuchen, die gestärkte Stellung der Türkei im Nahen Osten für eigene Zwecke zu nützen. Das Engagement Ankaras könnte für die EU Vorteile bringen und bei westlichen Initiativen hilfreich sein, wie etwa auch bei den Bemühungen, den Demokratisierungsprozess in den arabischen Staaten zu fördern. Allerdings könnte die nunmehr stärkere Betonung der islamischen Identität es für die Türkei mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung eventuell schwierig machen, gewisse EU- bzw. westliche Positionsbezüge zu unterstützen (wie dies in der Anfangsphase der Libyen-Krise auch der Fall war – siehe Abschnitt 1). Dies würde nach Ansicht führender Beobachter grundsätzlich auch dann gelten, wenn in Ankara in der Zukunft eine andere Regierung an die Macht kommt. Diese würde und könnte die türkische Nahost-Politik nicht wesentlich verändern.

Auf sicherheitspolitischem Gebiet sollte der erhöhte Stellenwert der Türkei genutzt werden. Die Einbeziehung Ankaras in Krisen- und Konfliktmanagement in der Region könnte sich als zweckmäßig erweisen. Die Türkei wäre mit ihrer starken Armee und gleichzeitig muslimisches Land ein hervorragender Partner für allfällige internationale Friedensoperationen im Nahen Osten. Die Teilnahme ihrer Truppen würde mithelfen, dass diese Operationen von der lokalen Bevölkerung nicht quasi als Clash of Civilizations empfunden wird, da man in der Region türkischen Truppen als Moslems a priori größeres Vertrauen entgegenbringt und diese bei der notwendigen Interaction mit der Bevölkerung besser geeignet sind, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu erwerben, als die Soldaten westlicher Staaten (der Einsatz der Truppen Ankaras im Rahmen der ISAF zeigt dies). Für Österreich könnte die Kombination letzterer Tatsache mit dem noch immer beträchtlichen Ansehen unseres Landes im Nahen Osten bei gemeinsamen Aktionen mit der Türkei einen Synergieeffekt erbringen.

Quellennachweis

Turkey and the Middle East: Ambitions and Constraints, International Crisis Group, Europe Report Nr. 3, April 2010

W. Hale: Turkey and the Middle East in the “New Era”, Insight Turkey, Vol. 11, Nr. 3, 2009

K. Kirisci: The transformation of Turkish foreign policy: The rise of the trading state, New Perspectives of Turkey, Nr. 40, (2009)

M. Altunisik: The Possibilities and Limits of Turkey’s Soft Power in the Middle East, Insight Turkey, Vol. 10, 2008

Ö. Taspinar: Turkey’s Middle East Policies, Carnegie Papers, Carnegie Middle East Center, Nr. 10, September 2008

A. Davutoglu: Turkey’s Foreign Policy Vision: An Assessment of 2007, Insight Turkey, Vol. 10, Nr. 1, 2008

S. Kardas: Turkey: Redrawing the Middle East Map or Building Sand Castles? Middle East Policy, Pro Quest Information and Learning, Spring 2010

The Perception of Turkey in the Middle East 2010, TESEV Foreign Policy Programme, February 2011

M. Altunisik, Ö. Tür: From Distant Neighbours to Partners? Changing Syrian-Turkish Relations, Security Dialogue, Vol. 37 (2), June 2006

C. James, Ö. Özdamar: Modelling Foreign Policy and Ethnic Conflict: Turkey’s Policies toward Syria, Foreign Policy Analysis 5 (2009)

B. Aras, R. Karakaya Polat: From Conflict to Cooperation: Desecuritization of Turkey’s Relations with Syria and Iran, Security Dialogue, Vol. 39 (5), October 2008

H. Barkey: Turkey's New Engagement in Iraq, United States Institute for Peace, May 2010

V. Ayhan: An Analysis of Massoud Barzani's Visit to Turkey, ORSAM, July 2010

L. von Mende: Wer hat Angst vor Kurdistan? Die Irakpolitik der Türkei zwischen militärischer Intervention und Dialogbemühungen, IPG 4/2008

S. Ülgen: Turkey's two steps on the Iranian question, Foreign Policy, January 2011

N. Özcan, Ö. Özdamar: Uneasy Neighbours: Turkish-Iranian Relationship since the 1979 Islamic Revolution, Middle East Policy, Pro Quest Information and Learning, Fall 2010

B. Sinkaya: Turkey and the Iranian Nuclear Issue: From a Passive Stance to the Actual Contributor to the Peaceful Solution, ORSAM, November 2010

M. Altunisik, E. Cuhadar: Turkey's Search for a Third Party Role in Arab-Israeli Conflicts,; A Neutral Facilitator or a Principal Power Mediator? Mediterranean Politics, Vol. 15, Nr. 3, Nov. 2010

H. Kosebalaban: The Crisis in Turkish-Israeli Relations: What is its Strategic Significance? Middle East Policy, Fall 2010

U. Ulutas: Turkey-Israel: A Fluctuating Alliance, Seta Policy Brief, January 2010

T. Oguzlu: The Changing Dynamics in Turkish-Israeli Relations, ORSAM

H. Kanbolat: A look at Turkish-Israeli economic relations after the crisis, ORSAM

Türkisches Außenministerium

TÜRKSTAT (Türkisches Statistisches Zentralamt)

